

ZEITSCHRIFT  
DER WÄHLERGRUPPE  
**DIE aNDERE**  
AUGUST 2025

**DIE  
aNDERE**



Ein Jahr Gedenkort  
**Bibliothek der  
verbrannten Bücher**

Seite 22



Liebe Leser\*innen,

willkommen zu einer neuen Ausgabe unserer lokalpolitischen Zeitschrift. Es ist viel geschehen in den letzten zwei Jahren, und einiges davon können Sie in den vielfältigen Artikeln dieser Ausgabe nachlesen. Wir möchten u. a. detaillierte Rückblicke bieten und Zusammenhänge aus unserer Sicht erläutern — etwas, das in *Social Media* oder Tagespresse vielleicht manchmal zu kurz kommt.

Das Themenspektrum ist ähnlich weitläufig wie die Tagesordnung einer durchschnittlichen Stadtverordnetenversammlung:

Wir lassen Babelsberger Jugendliche zu Wort kommen, stellen die Stadtteilgewerkschaft vor, die derzeit Räume in Waldstadt bezieht, kommentieren Bauplanungen im Potsdamer Norden, haben Fragen zum Alten Markt und erinnern an die Bücherverbrennung 1933.

Außerdem beleuchten wir die Hintergründe der Oberbürgermeisterabwahl und der geplanten Solarparks in Satzkorn und Uetz-Paaren. Nicht zuletzt geht es auch um Einkommen in Unternehmen und Ausgaben beim Menstruieren.

Abgerundet wird das Themenpaket durch die bewährten Kurznotizen aus dem Rathaus. Wir wünschen eine schöne und erhellende Lesezeit!

**Annegret Pannier** für die REDaKTION  
Potsdam — Juli 2025



# Inhalt

- 04 **Kurznotizen aus dem Rathaus**
- 08 **Die Gehaltsklufft:  
Ein Plädoyer für mehr Lohngerechtigkeit**
- 12 **Bauen, bauen, bauen!**  
Die ProPotsdam versprach, am Alten Markt im Block V im großen Stil Sozialwohnungen zu bauen. Und nun?
- 16 **Feminismus in der SVV, aber bitte ohne Flecken**
- 19 **Mike Schubert als Oberbürgermeister abgewählt**
- 22 **Ein Jahr Bibliothek der verbrannten Bücher**
- 26 Jugend in Babelsberg **„Wir fühlen uns immer mehr an den Rand gedrängt“**
- 40 Solarparks im Potsdamer Norden: **Wie sich Satzkorn und Uetz-Paaren für ihre Ortsgestaltung einsetzen**
- 46 **Eine Stadtteilgewerkschaft für die Waldstadt – und ganz Potsdam**
- 50 Ein Kommentar zur geplanten Tank- und Rastanlage „Havelseen“: **Warum der Bau im Potsdamer Norden gestoppt werden muss!**

# Kurznotizen aus dem Rathaus

VON LUTZ BOEDE

---

## Stadtverwaltung verlässt Netzwerk X

In ihrer Juni-Sitzung beschloss die Stadtverordnetenversammlung unseren Antrag, alle Accounts der Stadtverwaltung vom *Netzwerk X* abzumelden. Seit der Übernahme durch **Elon Musk** wird die Plattform zunehmend für die Verbreitung von Fake News und rechte Hetze genutzt. Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, eine Konzeption zu erarbeiten, wie die Landeshauptstadt Potsdam künftig die sozialen Netzwerke bespielen soll.

## Busanbindung an die Regionalbahn ab August

Vor fünf Jahren nahmen wir auf dem Stadtteilspaziergang im Potsdamer Norden den Vorschlag eines Bürgers auf, die Buslinie 609 über Kartzow hinaus bis zum Regionalbahnhof Priort zu verlängern. Die Chance, hier den Norden direkt an die Regionalbahn anzuschließen und damit das ganze ÖPNV-Netz zu entlasten, hat uns gleich überzeugt.

Ein Antrag unserer Fraktion wurde am 11. September 2019 in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen (19/SVV/0907). Ende Januar 2020 stellte der Oberbürgermeister in einer Mitteilungsvorlage (20/SVV/0130) in Aussicht, dass der Anschluss an die Regionalbahn schon zum Fahrplanwechsel im Dezember 2020 umgesetzt werden kann. Bei den Verkehrsbetrieben und in der Gemeinde Wustermark gab es ein großes Interesse.

Leider war aber am Bahnhof Priort zu wenig Platz für die Busse, die dort parken müssten, wenn die Busfahrer\*innen an der Endhaltestelle eine Pause machen. Daher wurde sogar überlegt, die Wendeschleife umzubauen. Wir haben uns gefragt, ob es nicht einfacher wäre, dann gleich bis Elstal zu verlängern. Jetzt ist es soweit. Ab August gibt es tatsächlich eine neue Buslinie 662, die Campus Jungferensee und Bahnhof Elstal verbindet und in Priort, Satzkorn, Fahrland und Krampnitz hält.

## Ein anderer Haushalt ist möglich

Monatelang verunsicherten der Oberbürgermeister und sein Kämmerer die Stadtgesellschaft mit einer völlig überzogenen Spardebatte. Soziale Einrichtungen, kulturelle Träger und Beratungsangebote sahen sich in ihrer Existenz bedroht. Die Fraktionen

erhielten zahlreiche Mails, Anrufe und Besuche. Ein breites gesellschaftliches Bündnis protestierte bei der SVV-Sitzung im März gegen die Kürzungen und mobilisierte zur großen Demo am 22. März ab 14 Uhr zum Platz der Einheit.

Wir haben uns mit den Fraktionen Linke, Grüne und SPD zusammengesetzt und ausgelotet, ob dieser Sparhaushalt abgewendet werden kann. Letztlich einigten sich die vier Fraktionen auf Einsparungen in der Stadtverwaltung im Umfang von ca. 60 Millionen für die Jahre 2025—2028 und auf einen Änderungsantrag, mit dem das verbilligte Schülerticket, der Preisdeckel für das Schulessen und die 3. Betreuungsstufe in den Kitas erhalten bleiben. Das *Hans Otto Theater*, die städtischen Museen und der *Nikolaisaal* erhalten mehr Geld.

Auch Mehrbedarfe für die freie Kultur werden finanziert. Die Projekt- und Festivalförderung wird wieder auf das Budget von 2024 angehoben. Die Bibliothek bleibt für Kinder und Jugendliche kostenlos und kann die Sonntagsöffnung fortsetzen. Mehr Geld gibt es für die Bürgerhäuser, soziale Projekte, Jugendeinrichtungen, Grünflächen, Bäume und Spielplätze.

Die Antidiskriminierungsberatung der Opferperspektive und die PLUS-Projekte können wiederaufgenommen werden. Die nördlichen Ortsteile erhalten die zugesagten Mittel aus dem *Solar-Euro* und die *ProPotsdam* muss nichts an den Stadthaushalt abgeben. Auch die *Biosphäre* wird nicht heimlich über die Kürzungsliste beerdigt, sondern erhält eine Chance. Dieser Haushaltskompromiss zeigt, dass ohne feste Rathauskooperation gute Entscheidungen möglich sind.

## Said darf als Faschist bezeichnet werden

Der AfD-Fraktionsvorsitzende **Chaled-Uwe Said** erstattete bereits mehrfach Strafanzeige gegen Stadtverordnete unserer Fraktion und Mitglieder unserer Wählergruppe, die ihn als Faschisten bezeichneten. Diese Verfahren wurden ohne Ausnahme schon durch die Staatsanwaltschaft eingestellt, weil die Ermittlungen keine Anhaltspunkte für eine strafbare Handlung ergaben. **Said**, der öffentlich gern von Remigration faselt und den Klimawandel leugnet, darf also als Faschist eingeschätzt werden. Selbstverständlich darf man diese Meinung auch öffentlich äußern.



## Vorfinanzierung BuT-Leistungen

Immer mehr Menschen nehmen Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabe-Paket (BuT) in Anspruch, um das Schulessen, Klassenfahrten oder Vereinsbeiträge zu finanzieren. Für Eltern, die diese Leistungen nicht vorfinanzieren können, stellt es ein großes Problem dar, wenn die Stadtverwaltung länger als ein halbes Jahr braucht, um die BuT-Anträge zu bewilligen und das Geld zu überweisen. Deshalb hat DIE aNDERE nun beantragt, eine Vorfinanzierung dieser Leistungen oder die direkte Bezahlung bei den Trägern und Caterern durch die Stadtkasse zu prüfen.

## Mehr Bibliothek für alle

Seit Jahren liegt der aNDEREN die Stadt- und Landesbibliothek besonders am Herzen. Wir haben uns lange für die Sonntagsöffnung der Bibliothek eingesetzt — übrigens eine Idee der damaligen Beigeordneten für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, **Noosha Aabel**. Zunächst konnten wir die Finanzierung nur für ein Jahr durchsetzen. Dieses verlief aber so erfolgreich, dass die Sonntagsöffnung nun dauerhaft gesichert werden soll. Im Sommer 2025 soll sie auf Initiative der SPD sogar in die Sommerferien ausgedehnt werden. Damit diese Angebote auch niedrigschwellig zugänglich sind, hat unsere Fraktion erfolgreich beantragt, dass die Bibliothek für Kinder und Jugendliche kostenlos nutzbar bleiben soll und dass alle bisherigen Ermäßigungen erhalten bleiben. Wer der Bibliothek dennoch zu etwas mehr Geld für den Ankauf von Büchern verhelfen möchte, kann künftig statt der Jahreskarte für 19 Euro gern eine Förderjahreskarte für 50 Euro bezahlen.

## Neue Namen für Potsdamer Plätze

In den letzten Monaten wurden auf Initiative unserer Fraktion mehrere Straßen und Plätze umbenannt.

Unser Antrag, den rassistischen Straßennamen „Zu den drei Mohren“ zu ersetzen, wird nun endlich umgesetzt. Die kleine Straße im Ortsteil Neu Fahrland trägt jetzt stattdessen den Namen „Am Fahrlander See“.

Neu benannt werden drei bislang namenlose Plätze im Stadtteil Babelsberg nach den Nowaweser Arbeiter\*innen **Wally Lehnert**, **Anna Müller** und **Olga Bathe**. Welche Plätze genau diese Namen erhalten soll demnächst im Kulturausschuss beraten werden.

Dort wird auch unser Antrag beraten, den Steubenplatz in Helene-Bürger-Platz umzubenennen. **Helene Bürger** war eine von vier Personen, die 1920 auf diesem Platz von der Schlosswache erschossen wurden, als sie sich an einer Demonstration gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch beteiligte. Die unauffällige Erinnerungstafel, die einst auf dem Steubenplatz an dieses historische Ereignis erinnerte, ist seit den Bauarbeiten im angrenzenden Block 3 verschollen.



Am 8. Mai 2025  
wurde der neue  
Wally-Lehnert-Platz an der  
Großbeeren-/Ahornstraße  
schon mal symbolisch durch  
die *Geschichtswerkstatt Rotes  
Nowawes* umbenannt.

Fotos: *Geschichtswerkstatt  
Rotes Nowawes*



# Die Gehaltskluft: Ein Plädoyer für mehr Lohngerechtigkeit

VON UTE GRIMM

---

In deutschen Unternehmen hat sich eine Realität etabliert, die kaum noch zu rechtfertigen ist: Während viele Angestellte selbst um tarifvertragliche Vergütungen kämpfen müssen, erreichen die Bezüge von Vorständen und Geschäftsführer\*innen astronomische Höhen. Eine Diskrepanz, die nicht nur Fragen der wirtschaftlichen Effizienz, sondern vor allem der sozialen Gerechtigkeit aufwirft. Bezogen auf Potsdam unterscheidet sich diese Realität leider nur graduell. In den kommunalen Eigenbetrieben der Stadt werden viele Mitarbeitende nicht nach TVöD bezahlt. Mit unserem Antrag 25/SVV/0428 für die Juni-Sitzung möchten wir dies ändern.

## Die heutige Realität: Eine Wirtschaft der Extreme

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. In DAX-Konzernen verdienen Vorstände im Durchschnitt das 53-fache eines normalen Mitarbeitenden. Während ein Vorstandsmitglied oft mehrere Millionen Euro jährlich erhält, müssen Angestellte desselben Unternehmens teilweise sogar um eine Bezahlung nach dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) kämpfen — der eigentlich als Mindeststandard für faire Entlohnung gelten sollte.

Besonders bedenklich: Selbst in Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten oder teilweise in staatlicher Hand sind, wird diese enorme Diskrepanz toleriert oder sogar gefördert. Das wirtschaftliche Argument, man müsse „die Besten“ mit exorbitanten Gehältern locken, hält einer kritischen Prüfung nicht stand — Denn wer definiert eigentlich, was „die Besten“ ausmacht, und warum sollte diese Definition ausschließlich an der Höhe des Gehalts festgemacht werden?

## Das Tarifmodell: Ein bewährter Maßstab für Fairness

Der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes bietet eine strukturierte, transparente und faire Grundlage für Entlohnung. Er berücksichtigt Qualifikation, Verantwortung und Erfahrung und schafft damit eine nachvollziehbare Basis für unterschiedliche Gehaltsstufen. Warum sollte dieses Modell nicht als Vorbild für die gesamte Wirtschaft dienen?

## Zurück zu Potsdam.

Die meisten Angestellten des Klinikums EvB werden inzwischen — nach einem mit 35.107 Unterschriften erfolgreichen Bürgerbegehren für tarifgebundene Entlohnung, die Rückkehr des städtischen Klinikums in den Verband kommunaler Arbeitgeber und bessere Arbeitsbedingungen im Januar 2020 — nach TVöD entlohnt. Auch nachdem die Forderungen des Bürgerbegehrens von den Stadtverordneten übernommen wurden, dauerte es noch viele Monate, bis das für alle Mitarbeitenden umgesetzt wurde. Die Tochtergesellschaften sind erst nicht miteinbezogen worden; es war noch einmal ein langer Kampf, Tarifbezahlung auch für sie durchzusetzen.

Die aNDERE hat sich immer für Lohngerechtigkeit und Beseitigung von ungerechtfertigten Ungleichheiten, gegen Diskriminierung jeder Art eingesetzt. Auch bei diesem Bürgerbegehren war sie ein wichtiger Motor. Nun möchten wir dies auch für andere Unternehmen der Stadt, die nicht nach TVöD oder einem anderen für sie passenden Tarif bezahlen, durchsetzen.

In der SVV im Juni werden wir den Antrag stellen, alle Mitarbeitenden der *ProPotsdam* nach Tarif zu entlohnen. Die Argumente, die wir im Zusammenhang mit dem Klinikum gehört haben, werden wieder kommen: „Das schadet dem Unternehmen, dann können wir nicht wirtschaftlich arbeiten, vielleicht geht das Unternehmen dann pleite, einige Mitarbeitenden werden dann weniger verdienen.“ (Es werden also einige übertariflich entlohnt, ohne dass transparent ist, warum und wer und wie viel mehr ...) Und: „Das wird uns 500.000 € mehr kosten.“

Alle diese Argumente zeigen, dass erstens offenbar die Unternehmen auf Kosten der Angestelltegehälter wirtschaftlich werden und zweitens, dass es sinnvoll ist, wenn die Gehälter der Mitarbeitenden ein ausschlaggebender Wirtschaftsfaktor sind, dann doch dort angemessen zu kürzen, wo offenbar zu viel bezahlt wird. Dies ist bei den Entlohnungen der Geschäftsführungen der Fall — vor allem bei dem bestehenden Bonussystem. Diese Boni werden so gestaltet, dass, wer seine Arbeit ordentlich und dem Unternehmen verpflichtet macht, auf jeden Fall den Jahresendbonus bekommt. Nur werden ja die Chef\*innen überdimensioniert im Vergleich mit ihren Angestellten dafür bezahlt, dass sie ihre Arbeit ordentlich machen, das Unternehmensrisiko kennen und einbeziehen und auch einmal Überstunden machen. Wozu dann diese enormen regelmäßigen Boni?

Wir können auch so argumentieren: Wenn ein Unternehmen 500.000 € mehr bezahlen müsste, um die tarifgemäße Entlohnung seiner Mitarbeitenden zu stemmen, dann hat es diese halbe Million in den letzten Jahren regelmäßig gespart. Einsparungen auf Kosten der Angestellten!

Eine konsequente Tarifbindung für alle Beschäftigten — vom Pförtner bis zum CEO — würde nicht nur mehr Transparenz schaffen, sondern auch ein deutliches Signal für mehr soziale Gerechtigkeit setzen. Natürlich müssten Führungskräfte weiterhin mehr verdienen als ihre Mitarbeiter\*innen — ihre Verantwortung und ihr Risiko sind schließlich höher. Aber muss dieser Unterschied wirklich z. T. mehr als das 10fache betragen?

## Die 5:1-Regel: Ein Vorschlag für mehr Balance

Eine Begrenzung der Gehaltsspanne auf das maximal Fünffache zwischen dem niedrigsten und dem höchsten Gehalt im Unternehmen wäre ein mutiger, aber keineswegs radikaler Schritt. Dieses Modell würde bedeuten:

- CEOs könnten immer noch sehr gut verdienen — aber in einem Rahmen, der in einem nachvollziehbaren Verhältnis zur Leistung aller Mitarbeiter\*innen steht.
- Die unteren Gehaltsgruppen würden automatisch angehoben, da die Führung ein Eigeninteresse daran hätte, auch die niedrigsten Löhne zu verbessern.
- Die Solidarität und das Gemeinschaftsgefühl im Unternehmen würden gestärkt. Internationale Beispiele zeigen, dass Unternehmen mit begrenzten Gehaltsspannen keineswegs weniger erfolgreich sind — im Gegenteil: Sie profitieren oft von höherer Mitarbeiterzufriedenheit, geringerer Fluktuation und einem stärkeren Zusammenhalt.

## Der Weg zur Veränderung

Eine solche Umstellung erfordert Mut — von Unternehmensführungen, von uns als Stadtverordneten, aber auch von uns als Gesellschaft. Sie verlangt ein Umdenken darüber, wie wir Erfolg definieren und welche Werte uns wichtig sind. Konkret bedeutet dies:

- Politische Rahmenbedingungen schaffen, die Tarifbindung fördern und extreme Gehaltsunterschiede unattraktiv machen
- Transparenzregeln für Unternehmen verschärfen, damit Gehaltsgefälle öffentlich sichtbar werden
- Als Konsument\*innen und Aktien-Anleger\*innen Unternehmen unterstützen, die faire Lohnstrukturen praktizieren

Die Begrenzung von Managergehältern auf das Fünffache des niedrigsten Angestelltegehalts wäre kein Angriff auf unternehmerischen Erfolg. Sie wäre vielmehr ein Bekenntnis zu einem Wirtschaftsmodell, das den Erfolg aller zum Ziel hat — nicht nur den einiger weniger an der Spitze.

Die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? In einer, die extreme Ungleichheit als notwendiges Übel akzeptiert, oder in einer, die Wohlstand gerechter verteilt und damit letztlich für alle mehr Lebensqualität schafft?

Oder noch deutlicher: Wollen wir unsere Demokratie retten, indem wir die Chancen aller auf ein Leben ohne Not und mit Ressourcen für Engagement schaffen oder wollen wir Ressentiments verschärfen, indem die Kluft zwischen arm und reich, zwischen Arbeit, die sich lohnt, und solcher, die eben nicht entsprechend entlohnt und damit auch abgewertet wird, immer größer wird?

In Potsdam haben wir noch Eigenbetriebe! Wir wollen hier mit gutem Beispiel vorgehen — Wir wollen, dass alle Potsdamer\*innen von ihrem Gehalt nicht nur leben können, sondern auch in der Stadt leben können.

# Faire Löhne nicht nur auf Wahlplakaten

Eine  
andere Stadt  
ist möglich!

Tariflohn für Schwestern und Pfleger im ganzen  
Klinikum. Mehr Geld für Busfahrer\*innen und  
die Lehrkräfte der  
Volkshochschule.

[die-andere.org](http://die-andere.org)

**DIE  
andERE**

Wahlplakat 2019: In den kommunalen Eigenbetrieben der Stadt werden viele Mitarbeitende nicht nach TVöD bezahlt.

# Bauen, bauen, bauen!

Die ProPotsdam versprach, am Alten Markt im Block V im großen Stil Sozialwohnungen zu bauen. Und nun?

VON ARNDT SÄNDIG

---

## Rückblick auf die Abrissentscheidung

Auf dem Areal des Block V am Alten Markt sollten 2027 nach der Planung von Stadt und ProPotsdam 10.080 m<sup>2</sup> Wohnfläche sowie ca. 2.300 m<sup>2</sup> Gewerbefläche entstehen. 75% der neu entstehenden Wohnfläche sollten Sozialwohnungen werden, für die es einen Wohnberechtigungsschein (WBS) braucht. Um den Neubau zu realisieren, wurden 2024 der Staudenhof und damit 182 preiswerte, wenn auch sanierungsbedürftige, Wohnungen abgerissen. Was ist von den Neubauversprechen der ProPotsdam 2025 geblieben?

Der Kampf um den Staudenhof gehörte neben dem Abriss der Fachhochschule, dem Versuch, das Mercure 2016 aus Geldern der ProPotsdam anzukaufen und anschließend abzureißen und den Jahrzehnte währenden Bestrebungen, das Rechenzentrum zu Gunsten der nicht finanzierbaren Garnisonkirchenkopie zurückzubauen zu den markantesten Auseinandersetzungen um die sogenannte Wiedergewinnung der historischen Mitte Potsdams. Der Staudenhof ist weg, der Kampf verloren. Ob dort tatsächlich neuer bezahlbarer Wohnraum entstehen wird, steht jedoch nicht fest.

## Warum wurde der Staudenhof nicht saniert?

Anfang 2021 unternahm die Geschäftsführung der ProPotsdam den Versuch, die Abriss- und Neubauvariante gegenüber einer Sanierung in einem Variantenvergleich gegenüberzustellen. Im Ergebnis wurden für die Neubauvariante Kosten von 40 Millionen €, für die Sanierungsalternative 18 Millionen € ermittelt. Dennoch stellte die Geschäftsführung die klimapolitisch schädlichere Neubauvariante als einzige finanziell realisierbare Möglichkeit dar. Bei Abriss und Neubau könnten große Teile der Kosten über Zuschüsse und Darlehen der KfW und ILB abgedeckt werden, also aus Steuergeldern finanziert werden. Die Sanierungsvariante dagegen verzeichnete laut ProPotsdam ein Defizit von 3 Millionen €, das später mündlich auf 1,5 Millionen

korrigiert wurde. Statt das angebliche Defizit als kommunalen Beitrag zum Klimaschutz zu verstehen, schloss die *ProPotsdam* daraus die Nichtfinanzierbarkeit der Sanierung.

Zudem bediente sich die *ProPotsdam* einiger, schon für den Laien leicht erkennbarer, Rechenricks, die sich ausnahmslos zu Ungunsten der Sanierungsvariante auswirkten. Zum einen wurden die jahrzehntelangen Mietüberschüsse aus dem Staudenhof, die im Wesentlichen aus der unterlassenen Instandhaltung am Bestandsgebäude resultierten, nicht in Rechnung gestellt. Unberücksichtigt blieb auch der Ausfall der Mieteinnahmen durch den Abriss. Nach dem Verschwinden des Bestandsgebäudes wird das Grundstück planmäßig nicht gleich neu bebaut, sondern als Baulogistikfläche genutzt. Derzeit und für einige Jahre werden der *ProPotsdam* keine Mieteinnahmen zufließen.

Auch weigerten sich Stadt und *ProPotsdam*, die vielversprechende Variante „Sanierung Bestandsgebäude plus Ergänzungsbau“ auch nur durchzurechnen. Besonders augenfällig war die Manipulation der Gegenüberstellung von Sanierung und Neubau mit Blick auf die Unterbringung von geflüchteten Menschen, die im Staudenhof bereits wohnten, während für die Unterbringung andernorts durch die *ProPotsdam* deutlich kostenintensivere Anstrengungen unternommen werden müssen, die bei einer Weiternutzung des Staudenhofs (auch) als Geflüchtetenunterkunft in der Größenordnung so nicht notwendig gewesen wären.

## **Anstieg der Baukosten seit 2021 – sozialer Wohnungsbau wird immer teurer**

Der vier Jahre alte Variantenvergleich ist 2025 überholt. Die Personalkosten in der Bauwirtschaft sind gestiegen. Nicht erst seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine hat sich die Verknappung von Baustoffen preissteigernd auf die Baukosten ausgewirkt. Bereits 2021 galt als das Jahr mit den stärksten Baukostensteigerungen seit 20 Jahren. Der Krieg in der Ukraine hat die Situation seit 2022 noch verschärft. Zudem haben sich ILB- und KfW-Förderungen seit 2021 verändert.

Im April hat die neue Landesregierung beschlossen, die Wohnraumförderung des Landes auf 250 Millionen Euro aufzustocken. Anders als in den Jahren zuvor greift jedoch nicht mehr nur die kommunale *ProPotsdam* auf die Fördermittel des Landes zu. Auch private Bauherren sehen ihre Vorhaben nur noch mit Hilfe öffentlicher Förderung als realisierbar an. Doch die Stadt steht nach dem Abriss der 179 Wohnungen unter Zugzwang. Ob es am *Alten Markt 10* tatsächlich zu einem Neubau mit den von der *ProPotsdam* beim Abriss versprochenen noch 70 % Sozialwohnungen (140 Wohnungen) kommt, ist offen. Im Frühjahr hatte die Stadt den Anteil stillschweigend um weitere 5 % auf 65 % gesenkt, später angesichts vehementer Kritik an diesem Vorgehen wieder auf 70 % berichtigt.

## Kann sozialer Wohnungsneubau das Wohnungsproblem in Potsdam (jemals) lösen?

Die Nachfrage nach Sozialwohnungen in Potsdam ist exorbitant. Die *ProPotsdam* kann pro Monat 50 Wohnungen gegen Vorlage eines Wohnberechtigungsscheines vergeben. Dem steht eine Nachfrage von etwa 13.000 Wohnungssuchenden gegenüber. Durch die Neustrukturierung des Wohnberechtigungsscheines in unterschiedliche Einkommensstufen (WBS, WBS +40, künftig auch WBS +60) sind fast 60 Prozent der Bevölkerung mit Blick auf ihre Einkommensverhältnisse in der Lage, einen WBS zu beantragen. Das Problem betrifft schon lange nicht mehr nur einkommensschwache Haushalte. Ohne eine Neubauförderung ist derzeit von einem Preis von über 20 €/m<sup>2</sup> kalt auszugehen.

Doch es kommt noch schlimmer. In den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der Sozialwohnungen in Potsdam verringert. 2014 gab es noch 6.530 Sozialwohnungen. 2023 war die Zahl auf 4.330 gesunken. Und die Zahl geht weiter zurück. Alleine 2025 verlieren 672 Wohnungen ihre Mietpreis- und Belegungsbindung, kommen also für Wohnungssuchende mit WBS nicht mehr in Betracht. Nur 205 neue Wohnungen mit Bindung kommen dieses Jahr hinzu. Bis 2030 werden in Potsdam voraussichtlich 2200 Sozialwohnungen verschwinden.

## Das Problem: Sozialer Wohnungsbau mit befristeter Bindung ist nicht nachhaltig

Die Sozialbindungen sind bei sozialem Wohnungsbau befristet, bleiben in der Regel 15 bis 35 Jahren bestehen. Nach Ablauf der Bindung ist der Eigentümer nicht mehr verpflichtet, eine per WBS zugewiesene Mietpartei anzunehmen oder die Miete überhaupt weiter sozialverträglich zu gestalten. Die Miete kann dann leichter erhöht werden. Die öffentliche Hand muss kontinuierlich nachbauen, damit der Bestand an Sozialwohnungen nicht verschwindet.

Das Problem lässt sich nur lösen, wenn man sich vom Dogma, massive Kapazitäten der *ProPotsdam* in Neubau zu stecken, löst. Von elementarer Wichtigkeit ist es, die Bestandsmieten in Potsdam niedrig zu halten. Dafür bedarf es einer Bundespolitik, die Wohnen als einen lebensnotwendigen Teil der kommunalen Daseinsfürsorge versteht, der nicht dem freien Markt überlassen werden darf. Doch von einem bundesweitem Mietendeckel, wie er sich aus der Argumentation des Bundesverfassungsgerichts 2021 ableiten lässt, sind wir mit der CDU-geführten Bundesregierung weiter entfernt als zuvor.

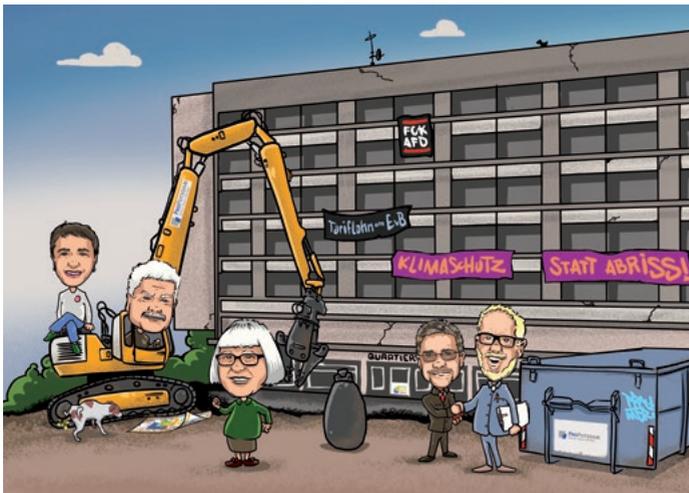
Als erste Landesregierung plant der Berliner Senat aktuell ein Rahmengesetz für Vergesellschaftungen. Das Vorhaben ist eine Reaktion auf den erfolgreichen Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ und fußt auf Artikel 15 des Grund-

gesetzes. Dieser besagt: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“ Es handelt sich hier nicht um die von Wirtschaftsliberalen und Vermieterlobbyorganisationen gern apostrophierte Rückkehr zur Planwirtschaft oder Kommunismus, sondern um die Anwendung des bundesdeutschen Grundgesetzes. Das Rahmengesetz Berlins ermöglicht Vergesellschaftung und Marktregulierung und soll die Gewinnmaximierung beschränken. Laut Berliner SPD könne ein Bundesland allen Vermieter\*innen für fünf Jahre einen Preisdeckel vorschreiben und brauche dafür keine Öffnungsklausel des Bundesgesetzgebers, die es unter **Friedrich Merz** nie geben wird.

## Und was kann Potsdam tun?

Die Kommune hat den Zugriff auf die kommunale *ProPotsdam*. Diese muss ihren Fokus auf den Schutz der Bestandsmietparteien legen. Denn bezahlbares Wohnen findet nach allgemeiner Ansicht zuallererst im Bestand statt. Schritt eins: sanierbarer Bestand darf nicht zu Gunsten eines antiquierten Leitbautenkonzeptes — nur darum ging es beim Staudenhof — abgerissen werden. Zu spät!

Sanierbare Wohnungen im kommunalen Bestand dürfen nicht zu Gunsten eines kaum mehr finanzierbaren Neubaus an Privatinvestoren verkauft werden, welche sich für die Bedarfe der Bestandsmietparteien wenig interessieren. Darauf wird die *ProPotsdam* auch in Zukunft immer (und immer) wieder hinzuweisen sein.



Der Kampf um den Staudenhof 2019 (bisschen fatalistisch, weil Kampf nun verloren): Leitbautenkonzept schlägt bezahlbares Wohnen! Eine Strategie für die Potsdamer Mitte: Abriss und Neubau!

Plakat DIE aNDERE 2019

# Feminismus in der SVV, aber bitte ohne Flecken

VON CLAUDIA RÖDEL

---

Am 25. September 2024 beschloss die *Stadtverordnetenversammlung* (SVV) Potsdam den Antrag 24/SVV/0899 der Wählergruppe DIE aNDERE:

*„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass schnellstmöglich alle öffentlichen Gebäude, die vom Kommunalen Immobilienservice (KIS) bewirtschaftet werden, mit kostenlosen Periodenprodukten versorgt werden.“*

Endlich! Ein Beschluss, der nicht nur auf dem Papier feministisch klang, sondern echte Alltagserleichterungen für menstruierende Menschen versprach. Gleichstellung auch in der Toilette: mit Spendern für Tampons und Binden. So selbstverständlich wie Klopapier. Denn wie im Antrag zu Recht gedacht: Alle müssen mal — auch Männer. Nur eben nicht alle bluten dabei.

Während der Einbringung meldeten sich sofort die Bedenken-träger zu Wort — ausschließlich Männer übrigens — und warnten vor unverhältnismäßigen *Kosten und Aufwand*. Die vorherige Bewährung einer Testphase und die Übereinstimmung mit den Erkenntnissen und Empfehlungen des Landes Brandenburg zur Bereitstellung kostenloser Periodenprodukte schienen diesen Herren nicht Anlass genug, diesem Antrag zuzustimmen. Eine Mehrheit der Stadtverordneten war sich jedoch einig: Hygieneprodukte gehören in öffentliche Toiletten.

Ein echter Fortschritt also? Haben wir gedacht. Doch was danach geschah, ist ein Paradebeispiel für feministische Rückwärtsrollen in der Kommunalpolitik.

## Wer will, darf bluten – oder auch nicht

Kurz nach dem Beschluss schickte der *Kommunale Immobilien Service* (KIS) ein Schreiben an öffentliche Träger. Dort hieß es sinngemäß: Bitte erklären Sie uns, ob Sie überhaupt Periodenproduktspender in Ihrem Objekt wünschen.

Moment mal — was?! Seit wann dürfen sich Träger aussuchen, ob sie einen demokratisch gefassten SVV-Beschluss umsetzen oder nicht?

Das ist nicht nur dreist, das ist ein Schlag ins Gesicht aller menstruierender Menschen – und ein amtlich genehmigter Rückzieher aus der Verantwortung.

Doch es kommt noch dicker: Die Kosten für die Periodenprodukte sollten kurzerhand auf die Nebenkosten der Gebäude umgelegt werden. Bei Schulen werden diese vom KIS getragen. Doch bei z. B. Jugendclubs oder Beratungsstellen müssten die Einrichtungen die Kosten selber tragen, da die Antragsfrist für Fördermittel dieses Jahr schon vorbei ist. Entsprechend würde dieses Geld dann für andere Vorhaben, wie Projekt-Eigenmittel oder Instandhaltungen, fehlen.

## Konsolidieren statt menstruieren

Im Rahmen der Haushaltsverhandlungen kündigte sich dann der nächste Dämpfer an. Eine Schule erhielt ein Schreiben vom KIS, das sinngemäß mitteilte: Die Ausstattung mit kostenfreien Menstruationsprodukten entfällt. Haushaltskonsolidierung. Weitere Periodenproduktspender? Auch nicht vorgesehen.

Einige Stadtverordnete zeigten sich empört – vor allem weiblich gelesene, die offenbar erst jetzt verstanden, wie ernst die Lage war. Ein Dringlichkeitsantrag wurde verfasst: „Das für die Umsetzung des SVV-Beschluss DS 24/SVV/0899 geplante Budget ist im Haushalt zu hinterlegen.“



Ein notwendiger Schritt — aber auch ein spätes Eingeständnis, dass bloße Zustimmung bei der Abstimmung nicht reicht, wenn die Umsetzung an der Kasse scheitert.

## Körper werden politisch – oder peinlich

Doch es sollte noch würziger werden. Die Stadtverordnete **Claudia Rödel** (ja, genau die) hatte einen *Plan B*, falls der Dringlichkeitsantrag scheitert:

*„Ich werde eine helle Hose mit einem deutlichen Blutfleck tragen. Mit dieser Hose werde ich nach vorne gehen und Ute etwas mitteilen, sodass der Fleck gut sichtbar ist. Das ist alles. Eine einzige Frau, die so rumlaufen muss, zeigt sehr deutlich, was es heißt, keine Periodenprodukte zur Hand zu haben. Die monatliche Blutung ist keine Geheimsache, sondern Teil des Menschseins.“*

Sie lud andere Fraktionärinnen zum Mitmachen ein — mit weißem Blatt und rotem Fleck, oder anderen stillen Protestformen. Doch noch bevor überhaupt jemand protestieren konnte, wurde die Aktion geleakt — an die Verwaltung, an den KIS, an irgendwen mit Alarmknopf in der Tasche.

Die Folge: Aufgeregte Beschwerden bei der Gleichstellungsbeauftragten **Claudia Sprengel**, die allerdings gar nichts mit der geplanten Aktion zu tun hatte. Falsche **Claudia**, falscher Film.

In der nächsten SVV-Sitzung lenkte dann ein sichtbar nervöser Oberbürgermeister ein: Die Finanzierung sei gesichert, der Beschluss werde doch umgesetzt. Der KIS-Direktor wiederum konnte sich nicht erklären, wie die Schule zu jenem Schreiben kam. Und alle fragten sich: Welche Stadtverordnete hatte die Protestaktion durchgestochen? So viel zur Solidarität unter Frauen.

Kostenlose Periodenprodukte in öffentlichen Gebäuden sind kein Luxus, sondern ein Schritt in Richtung sozialer Gerechtigkeit. Menstruation ist keine Entscheidung — Sie ist biologischer Alltag für Millionen Menschen. Wer aufs Amt, in die Schule oder zur Bibliothek geht, sollte nicht fürchten müssen, ohne Tampon dazustehen. So wie niemand Eintritt fürs Klopapier zahlt, sollten auch Binden und Tampons selbstverständlich zugänglich sein — diskriminierungsfrei, würdevoll, kostenfrei.

In ein paar Monaten werden wir erfahren, ob wirklich alle Gebäude mit kostenlosen Periodenprodukten ausgestattet wurden. Jeder Erfolg muss erfragt, erklärt, erkämpft werden. Und wir kämpfen an allen Fronten: von Periodenprodukten zum *Gender Pay Gap* bis hin zu Femiziden.

# Mike Schubert als Oberbürgermeister abgewählt

VON LUTZ BOEDE

---

Zum Jahresbeginn 2024 führte die für Korruptionsdelikte zuständige Staatsanwaltschaft in Neuruppin Ermittlungen gegen Oberbürgermeister **Mike Schubert**. Ihm wurde angelastet, kostenlose VIP-Karten von Sportvereinen für sich und seine Familie angenommen zu haben. Es kursierten außerdem anonyme Briefe von Mitarbeiter\*innen, die ihm vorwarfen, persönlich auf die Bereitstellung eines Trainingsplatzes für die *Potsdamer Royals* (American Football) gedrängt und damit einen Schaden an dem eigentlich witterungsbedingt gesperrten Platz verursacht zu haben.

Insbesondere der SPD-Fraktionsvorsitzende **Pete Heuer** begann damit, Unterschriften für die Abwahl des Oberbürgermeisters zu sammeln. DIE aNDERE unterstützte diesen Abwahlversuch nicht. Für parteiinterne Intrigen stehen wir ebenso wenig zur Verfügung wie für intransparente Anträge, von denen niemand weiß, wie sie aussehen und wer sie unterschrieben hat. Wir kündigten an, den Abschluss des Ermittlungsverfahrens abzuwarten und dann eine politische Bewertung vorzunehmen. Dabei sollte auch eine Rolle spielen, wie **Mike Schubert** mit der Situation umgeht und ob er den Aufgaben eines Oberbürgermeisters insgesamt gewachsen ist.

Als sich dann herausstellte, dass **Pete Heuer** auch die Unterschriften der AfD-Stadtverordneten eingesammelt hatte, um das erforderliche Quorum zu erreichen, zogen viele Stadtverordnete ihre Unterschriften zurück.

## Verfahren eingestellt, Schuld unklar?

Kurz vor Weihnachten wurde das Verfahren gegen **Mike Schubert** mit Billigung aller Verfahrensbeteiligten gegen eine Geldbuße von 34.000 Euro eingestellt. Mit diesem Deal vermied der OB eine gerichtliche Entscheidung über Schuld- oder Freispruch. Die Einschätzung der Staatsanwaltschaft, dass **Schubert** sich in 67 Fällen wegen Vorteilsannahme im Amt strafbar gemacht habe, bleibt im Raum stehen. Allerdings trug die Begründung der Staatsanwaltschaft durchaus zur Erhellung der Vorfälle bei.

Anders als in der Presse dargestellt hatte **Mike Schubert** eben nicht einfach nur Einladungen angenommen und die Sportvereine unterstützt. Er hatte sich in vielen Fällen selbst aktiv mit WhatsApp-Nachrichten an Vereinsvorstände eingeladen oder

war auch schon mal einfach an der Abendkasse erschienen. Ich denke schon, dass ein Oberbürgermeister durch eine solche Praxis seine gesellschaftliche Position ausnutzt. Und ehrlich gesagt, war ich auch überrascht, dass es um insgesamt etwa 150 Fälle ging.

Während **Mike Schubert** wochenlang zu unseren Nachfragen nach Hintergründen und Dimension der Affäre geschwiegen und auf das laufende Ermittlungsverfahren verwiesen hatte, wurde er nun schnell aktiv. Er erklärte, dass er der Einstellung des Verfahrens nur aus Rücksicht auf seine Familie zugestimmt habe und dass damit kein Schuldeingeständnis verbunden sei. Ich erinnerte mich an die Diskussion um einen Müllmann der STEP, dem Korruption vorgeworfen wurde, weil er 20 Euro und eine Flasche Schnaps angenommen hatte. Die hatte ihm eine dankbare Rentnerin geschenkt, weil er die Mülltonnen immer über ihr langes Grundstück an die Straße gerollt hatte.

## Vom erneuten Antrag zur erfolgreichen Abwahl

Beim Wählergruppentreffen war sich DIE aNDERE schnell einig, dass unsere Fraktion nun einen eigenen Abwahlantrag stellen soll. **Mike Schubert** hatte wenig zur Transparenz beigetragen und seine Bilanz als Verwaltungschef empfinden wir als Desaster. Also wandten wir uns an die demokratischen Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung.

Wir legten von Anfang an Wert darauf, dass der Antrag transparent und klar begründet wird und dass es weder bei der Antragstellung noch bei der Beschlussfassung auf Stimmen der menschenfeindlichen AfD ankommt. Genauso haben wir das auch organisiert. Der Abwahlantrag ist unter der Drucksachennummer 24/SVV/1458 im Ratsinformationssystem der Stadt eingestellt und begründet. Die Unterschriften der 38 Stadtverordneten von CDU, Grünen — Volt — Die Partei, DIE aNDERE, Die Linke, BfW, BVB/Freie Wähler und FDP sind hinterlegt. Damit gab es von vornherein eine Zweidrittelmehrheit und Stimmen aus AfD oder SPD wurden nicht gebraucht. 37 der antragstellenden Stadtverordneten und ein Nachrücker des BfW waren am 2. April in der Stadtverordnetenversammlung anwesend und beschlossen die Abwahl.

Der Termin für den Bürgerentscheid wurde auf den 25. Mai festgelegt. Auch hier engagierte sich DIE aNDERE — als Potsdams zuverlässige Linke. Neben 200 Plakaten waren wir vor allem an Infoständen aktiv und verteilten ca. 15.000 Flyer, um über unsere Gründe für die Abwahl aufzuklären und für einen Neuanfang im Stadthaus zu werben. Gerade an den Infoständen wurde immer wieder klar, dass Viele gar nicht nachvollziehen können, wie schlecht die Stimmung in weiten Teilen der Stadtverwaltung inzwischen ist. Oft wurde abgewunken, weil die Leute dachten, **Mike Schubert** werde nur der regelmäßige Verzehr von Mettigeln in den VIP-Räumen der MBS-Arena angelastet.

Aber letztlich ließen sich viele Menschen überzeugen. Immerhin kannten Viele die Warteschlangen vor dem Bürgerservice oder hatten irgendwann mal versucht, sich bei der *ProPotsdam* für eine Wohnung zu bewerben. Es gab viel Empörung darüber, dass der Oberbürgermeister bis heute die Bürgerbegehren zum Klinikum nicht vollständig umgesetzt hat und dass der Gedenkort für die Bücherverbrennung noch nicht fertig ist. Erstaunlich häufig regten sich Menschen über die Wartezeiten in der Einbürgerungsbehörde oder über den Tonfall in der Ausländerbehörde auf. Häufig hörten wir „*Ich weiß Bescheid, meine Frau arbeitet in der Stadtverwaltung. Wir haben ihn schon abgewählt.*“

Als die Stimmen am 25. Mai ausgezählt wurden, hatten weit mehr als zwei Drittel für die Abwahl gestimmt. Auch das hohe Quorum von knapp 36.800 Ja-Stimmen wurde um gut 450 Stimmen überboten. Nun ist der Weg für eine Neuwahl am 21. September frei.

Die nächsten Wochen werden zeigen, wer dabei den Hut in den Ring wirft und ob ein Neuanfang gelingen kann.

**Bürgerservice, Verwaltung, Klinikum...  
→ So geht's nicht weiter!**

**Abwahl heißt  
Neustart!**

**DIE aNDERE**

**Am  
25 Mai  
OB  
Mike Schubert  
abwählen!**

# Ein Jahr Bibliothek der verbrannten Bücher

VON LUTZ BOEDE

---

Bis vor einem Jahr erinnerte im Stadtbild Potsdams kaum etwas daran, dass NS-Organisationen am 22. Mai 1933 auf dem Bassinplatz öffentlich die Bücher unliebsamer Autor\*innen verbrannten.

Dabei beschlossen die Stadtverordneten am 19. August 2020 mit großer Mehrheit einen fraktionsübergreifenden Antrag zur Schaffung eines Gedenkortes für die Bücherverbrennung auf dem Bassinplatz. Die Einweihung sollte spätestens zum 90. Jahrestag im Jahr 2023 erfolgen.

Zwar wurde danach die eine oder andere interessante Veranstaltung zu dem Thema initiiert, aber ein dauerhafter Gedenkort an die Bücherverbrennung auf dem Bassinplatz war auch am 91. Jahrestag dieses historischen Ereignisses noch immer nicht in Sicht. Auf Nachfragen verwies der Oberbürgermeister fast fünf Jahre nach dem Beschluss auf interne Arbeitstreffen, die Vorbereitung einer Ausschreibung, die Bildung einer Jury und die Einbeziehung eines weiteren Gedenkortes in der Nähe des heutigen Bahnhofs Medienstadt. Die umtriebige Geschichtswerkstatt *Rotes Nowawes* hatte nämlich in einem Brief an die Stadtverordneten im Juni 2022 darauf hingewiesen, dass 1933 nicht nur auf dem Bassinplatz Bücher verbrannt wurden, sondern auch am 24. Juni 1933 am Bahnhof Drewitz und gefordert, auch an diesem historischen Ort an die NS-Bücherverbrennung zu erinnern.

Wann aber endlich ein Gedenkort eingeweiht werden kann, ist bis heute offen. Jahr für Jahr vertröstet uns die Stadtverwaltung auf Nachfrage auf den nächsten Jahrestag.

Sehr viel schneller und unkomplizierter agierte DIE aNDERE. Unsere Wählergruppe erwarb eine ausrangierte Telefonzelle, gestaltete sie binnen weniger Tage und präsentierte am 22. Mai 2024 den würdig gestalteten Gedenkort „Bibliothek der verbrannten Bücher“. Die in signalrot gestrichene Telefonzelle mit den weißen Bücherregalen trägt eine große Metallplatte auf der Rückseite. Sie liefert Informationen zu den historischen Daten der Bücherverbrennungen in Potsdam und Nowawes.

**Bibliothek  
der verbrannten Bücher**

Einwohner NG-Güldenverrechnung — Folders und November 1923



Am 22. jeden Monats öffnet die Bibliothek — wenn das Datum auf einen Werktag fällt: 18 Uhr — wenn der 22. auf das Wochenende oder einen Feiertag fällt: 11 Uhr. An diesen Tagen werden neue Bücher in die Regale gestellt, um die Sammlung zu vervollständigen und selbstverständlich finden an diesen Tagen stets auch Lesungen aus dem Bestand der Gedenkbibliothek statt. Aber auch inhaltliche Vorträge und Musik sind möglich.



Besonders gern werden natürlich Bücherspenden entgegengenommen, um die Sammlung der verbrannten Bücher zu vervollständigen. Dabei orientiert sich die „Bibliothek der verbrannten Bücher“ an der digitalen Bibliothek des Potsdamer Moses-Mendelssohn-Zentrums.

[www.verbrannte-buecher.de/bibliothek](http://www.verbrannte-buecher.de/bibliothek)

Wer also das eine oder andere Werk beisteuern möchte, ist herzlich eingeladen, bei der Vervollständigung der symbolischen, aber keinesfalls abgeschlossenen Liste von 316 Schriften mitzuwirken. Die Bücher können an den Öffnungszeiten selbst in die Bibliothek gestellt werden oder gern im Buchladen *Sputnik* in der Charlottenstraße 28 abgegeben werden.

Im Mai 2025 feierte der Gedenkort „Bibliothek der verbrannten Bücher“ seinen ersten Geburtstag. Dabei las der Kulturredakteur **Klaus Büstrin** aus **Arnold Zweigs** Werk „Der Streit um den Sergeanten Grischa“.

Leider konnte der Aktivenkreis aber nicht nur auf zwölf Monate mit Lesungen aus Werken von **Erich Kästner**, **Anna Seghers**, **Bertolt Brecht**, **Erich Maria Remarque**, **Lion Feuchtwanger**, **Harry Domela**, **Bertha von Suttner** und **Arnold Zweig** zurückblicken, sondern dokumentierte auf ausgehängten Fotos regelmäßige Diebstähle und Beschädigungen der roten Telefonzelle. Einige davon bewerten wir eindeutig als rechtsextreme Angriffe auf die Idee des Gedenkortes und auf die Erinnerung an die durch das Naziregime verfolgten Autor\*innen und Werke: So wurde die Tafel mit den verbrannten Werken immer wieder mit rechten Parolen und Symbolen beschmiert. Die Bibliothek wurde mit Eiern und Hundekot beworfen. An den Scheiben befanden sich Fußabdrücke. Vor dem Gedenkort wurden sogar Bücher verbrannt.

Aber wir haben in den letzten Monaten auch viel Solidarität erfahren — von Nachbar\*innen, die die Telefonzelle putzen, von Literaturbegeisterten, die aus verbrannten Werken vorlasen und von den *Omas gegen Rechts*, die unsere Veranstaltungen immer wieder besuchen und bewerben. Das *Moses Mendelssohn Zentrum* vermittelte uns sogar Schulklassen, die sich am Gedenkort über die Bücherverbrennung in Potsdam 1933 und über die Erinnerung an die Naziverbrechen informieren.

So ist mitten in der Stadt ein Ort entstanden, an dem nicht nur regelmäßig Kränze niedergelegt werden, sondern Erinnerungspolitik gelebt wird.

Wie lange die rote Telefonzelle als provisorischer Gedenkort auf dem Bassinplatz das Gedenken an die Zerstörung von Büchern durch NS-Organisationen 1933 hochhalten wird, ist offen. Ob die Stadt Potsdam eines Tages tatsächlich einen eigenen Gedenkort eröffnet und ob dieser genauso lebhaft für die Erinnerung an die verbrannten Bücher und ihre Autor\*innen eintreten wird, auch. Sicher ist nur, wir brauchen solche Orte.

## 1933 – erst brannten die Bücher...

### ● 16.5.1933

Die von den Nazis geschlossene „Rote Schulburg“ — die *Weltliche Schule* in der Nowaweser Priesterstr. (jetzt Bruno-H.-Bürgel-Schule in der Karl-Liebknecht-Str.) wird von NS-Pädagogen, Vertretern der Kirche und NSDAP-Funktionären mit SA-Marschkolonnen gestürmt. Die „marxistische“ Schulbibliothek wird geplündert.

### ● 22.5.1933

Die Nazi-„Gewerkschafts-“Jugend, die *Hitlerjugend* und Gruppen der NS-Organisation „Bund Deutscher Mädchen“ aus Potsdam, unterstützt von der *Hitlerjugend* aus Nowawes sammeln sich vor dem ehemaligen Gewerkschafts- und Arbeiterlokal und jetzigem NSDAP-Lokal in der Kaiser-Wilhelm-Str. 38 (jetzt Hegelallee) und marschieren über die Berliner Vorstadt zum Bassinplatz. Aus Bibliotheken geraubte „marxistische Schundliteratur“ wird unter dem Gesang des Deutschlandliedes den Flammen „zur Reinigung“ übergeben. Mit dem Gesang des Horst-Wessel-Liedes wurde der Aufmarsch der NS-Jugendformationen beendet.

### ● 24.6.1933

Anlässlich einer NS-Sonnenwendfeier marschieren NS-Formationen, vaterländische Verbände, deutschnationale Vereine und kirchliche Gruppen aus der Stadt Nowawes (Babelsberg) von der Schulstraße und dem Sportplatz Sand-scholle kommend in zwei Zügen mit SA-Marschmusik zu einem Baugelände am Bahnhof Drewitz (heute Potsdam-Medienstadt). Unter völkischen Gesängen und Tanzdarbietungen, begleitet von Reden der NSDAP-Ortsfunktionäre, übergeben Hitlerjungen Stapel von „marxistisch-bolschewistischen, volksverhetzender Bücher dem Feuertod“. Der Rückmarsch nach Nowawes endet mit einer NS-Gedenkfeier am Horst-Wessel-Gedenkstein auf dem Adolf-Hitler-Platz (heute Peter-Weiß-Platz).

# Jugend in Babelsberg

## „Wir fühlen uns immer mehr an den Rand gedrängt“

VON JULIA LAABS

---

Ganz aktuell (Mai 2025) wurde im Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Katastrophenschutz ein Sicherheitskonzept für die Silvesternacht 2025/2026 im Bereich Babelsberg beschlossen. In der Diskussion im Ausschuss wurde seitens der Verwaltung empfohlen, das Konzept zunächst auf das Gebiet Babelsberg zu begrenzen, da — so die Verwaltung weiter — die Sicherheitsprobleme vorwiegend in Babelsberg bestehen.

Im Sommer letzten Jahres übertrafen sich die Tageszeitungen mit ihren Schlagzeilen: Von „Armutszugnis für Potsdam: CDU fordert Konsequenzen nach Vandalismus bei Eisfrau in Babelsberg“ über „Mehr Ordnungsamt in Babelsberg“ bis zu „Vandalismus in Babelsberg: Die Eisfrau denkt über Schließung nach“. Der Haupttenor der Meldungen: Jugendliche, die wahllos Wände in Potsdam bemalen, Glasscherben hinterlassen, laut sind, sich zu Hunderten in Babelsberg treffen ... Der Vorwurf immer wieder: Jugendliche betrieben in Babelsberg wahllos Vandalismus. Eine regelrechte Kampagne fand statt und in aktuellen Stadtverordnetenbeschlüssen bildet sich dieser nun ab, nachhaltige Konsequenzen werden fraktionsübergreifend gefordert.

Doch die Realität ist eine andere: Die Jugendlichen setzen rassistischen, menschenverachtenden und faschistoiden Bedrohungen etwas entgegen. Sie übernehmen Verantwortung im Kampf gegen Rechtsextremismus, auch über die Fußballspiele hinaus. Sie zeigen uns, was uns allen so wehtun muss, wie selbstverständlich es mittlerweile ist, wenn Rechte durch Stadtteile marschieren. Die jungen Menschen üben laut Widerstand und lehnen sich gegen rechte Strukturen auf. Wer gefährdet hier nun wessen Sicherheit?

Nicht zuletzt wurde der Rapsong von Babelsberger Jugendlichen „Vom C bis zum K“ in der Tagespresse sogar als weitere Motivation zu Vandalismus in Babelsberg gewertet.

Was bis heute allen Anschuldigungen und Kriminalisierungsversuchen von Jugendlichen gemein ist: Es hat nie jemand ernsthaft mit den jungen Menschen gesprochen.

Stadtteilversammlungen, Gespräche zwischen Ordnungsamt, Polizei und Stadtteilprojekten galten und gelten als vermeintliche Bemühungen, Lösungen zu finden. Aber geht das ohne die Jugendlichen? Um wem ging es noch mal? Es ist schwer, einen roten Faden zu erkennen.

Seit Jahren kritisieren die Wähler\*innengruppe und die Fraktion die aNDERE den Umgang mit Jugendlichen. Forderungen nach mehr Freiräumen für Jugendliche wird wieder mit drohenden Schließungen von Jugendclubs, Bürgerhäusern oder Beratungsstellen begegnet. Was ist die Lebensrealität junger Menschen? Was wollen sie? Was fordern sie für sich? Was für eine Vision haben sie?

Folgende Interviews mit Babelsberger Jugendlichen sind nicht der Versuch, deren Handeln zu erklären oder um Verständnis für sie zu werben. Sie können nur aufzeigen, wie weit die Lebensrealität der jungen Menschen und die oft arroganten und weit entfernten selbstherrlichen Blicke von Politiker\*innen und deren Behauptungen und politische Forderungen auseinanderdriften.

Die folgenden Fragen orientieren sich an Themen wie *Sicherheit*, *Vandalismuskwürfe*, *politisches Engagement* und *fehlende Mitbestimmung*. Die Interviews sollen zum Nachdenken anregen und die Möglichkeit bieten, die Perspektive der Jugendlichen sichtbar(er) zu machen — jenseits von Vorurteilen oder politisch geprägten Debatten.

**Vier Jugendliche zwischen 16 und 22 Jahren (M, N, P, S) stellen in den folgenden Interviews ihre eigene Sicht auf die Dinge dar, benennen Probleme und haben eigene Lösungsvorschläge.**

Es ist festzustellen, dass mehr männlich gelesene als weiblich gelesene Jugendliche befragt worden sind.



JULIA — *Aktuell wird mit einer neuen Beschlussvorlage zum Sicherheitskonzept für die Silvesternacht 2025/2026 im Bereich Babelsberg ein unsicheres und kriminelles Babelsberg gezeichnet. Und jetzt werden noch Beschlüsse verfasst für Babelsberg, sogenannte Sicherheitszonen eingerichtet. In der Konsequenz hätte das aber auch etwas anderes bedeuten können: zum Beispiel, mehr Sozialarbeiter\*innen zur Verfügung zu stellen, mehr Freiräume und statt Jugendclubs zu schließen welche aufzumachen.*

S — Ich finde so eine Sicherheitszone eigentlich Quatsch. Wenn man nicht hier knallt, wird das Problem durch eine Sicherheitszone nur verschoben. Die Menschen, die Lust haben rumzuknallen, werden es dann an anderen Orten machen, wo es halt keine Sicherheitszone gibt.

P — Es muss andere Alternativen geben. Ich glaube nicht, dass es dadurch irgendwann mal besser werden kann, wenn man immer nur versucht, einen Deckel auf das Glas zu schrauben und das so einzudämmen. Man muss sich da mal ran wagen — und ja, das passiert halt nicht.

M — Ich sehe die Silvesternacht anders als den normalen *Corneralltag*. Das ist glaube ich ein bisschen das Problem, dass manche Leute nur die Silvesternacht sehen, wo es wirklich viel Zerstörung gab und es zu Verletzungen von Leuten kam.

N — Was in der Silvesternacht war, ist problematisch. Und es ist schon so, dass auf jeden Fall zu viel passiert ist. Aber das kann man nicht pauschalisieren. Das passiert nicht am *Corner* (►). Und in der Silvesternacht sind es nicht primär die Leute aus Babelsberg, sondern auch viele Leute aus ganz Potsdam und von weiter weg. Also drei Viertel der Leute, die an der Silvesternacht hier waren, kannte man gar nicht. Deshalb kann und darf man nicht „*die Babelsberger Jugend, die hier alles zerstört*“ pauschalisieren.

JULIA — *Wie habt ihr generell im letzten Sommer die Medienberichterstattung empfunden bezüglich des Umgangs mit Kids, mit Jugendlichen?*

P — Eher sehr negativ. Das Erste, was ich damit assoziiere, ist die Verbindung von Jugendlichen mit Polizeipräsenz und gerade auch Medienpräsenz. Es ging viel um Vandalismus, gerade an der Ecke Rudolf-Breitscheid-Straße um die *Eisfrau* herum.

S — Im Vergleich zum Sommer 2023 gab es in diesem Sommer viel Polizeipräsenz in Babelsberg. Das hat sich so angefühlt, als würden wir Jugendliche richtig im Fokus stehen, im Fadenkreuz oder wie soll ich das sagen. Das war Einschüchterung durch die Polizei gegenüber uns Jugendlichen, so habe ich es empfunden. In den Medien wurde nur noch schlecht über Babelsberg und uns Jugendliche berichtet. Das fand ich krass.

**Gerade  
nicht so viel los:  
die Corner-Bank**



N — Man hat ganz klar gemerkt, dass auf jeden Fall nicht mit der Jugend, sondern in der Öffentlichkeit einfach über die Jugend gesprochen wurde. Und das ist in der allgemeinen Debatte schon vollkommen schiefgelaufen. Ich denke, man kann kein Problem lösen, wenn man über eine Menschengruppe spricht, sondern nur, wenn man miteinander spricht. Solange das nicht passiert, wird es keine Lösungen geben. Und zu der Stimmung konkret: Leute haben uns, wenn wir irgendwo saßen, auch am Tage, mit abwertenden Blicken oder abwertenden Kommentaren konfrontiert ... auch wenn man einfach wirklich nur da saß, geredet hat, nicht mal Musik anhatte oder irgendwas.

M — Ich fand, medial war das irgendwie total aufgeblasen. Und wenn ich so das Revue passieren lasse, im letzten Sommer gab es deutlich mehr Polizeipräsenz. Die Polizei ist gefühlt alle 20 Minuten mit Sixpacks durch Babelsberg gefahren. Wie wird es diesen Sommer?

JULIA — *Was wurde euch vorgeworfen? Waren bzw. sind diese Vorwürfe berechtigt?*

P — Teilweise, aber zu einem komischen Zeitpunkt. Denn in den Jahren davor gab es nie Probleme. Jetzt wurde es auf einmal so großgezogen. Im Großen und Ganzen läuft es darauf hinaus, dass sie sagen, ihr dürft das und das nicht. Aber es wird auch keine Alternative geboten. Sondern es heißt einfach nur: „*Geht mal da weg, geht mal nach Hause.*“ Und das ist ja auch immer das, was die Polizei sagt, wenn sie kommt. Ja, wo sollen wir jetzt hingehen? Einfach nur dicht machen und keine Alternative bieten. Gerade für Leute, die unter 18 sind.

S — Also ich finde, Babelsberg wird schon nochmal mehr gepusht, auch von den Medien. Wenn ich mir zum Beispiel Potsdam-West angucke, gibt es da ja auch Vandalismus. Vielleicht lässt sich da auch keiner erwischen? In Babelsberg leben viele „feine“ zugezogene Menschen. Deshalb schauen die Medien gern, was die Jugendlichen in dem „feinen“ Stadtteil Babelsberg machen und berichten darüber. Ich glaube, die Leute wie zum Beispiel die *Eisfrau* haben dann irgendwann die Schnauze voll. Der Laden von der *Eisfrau* wurde beschmiert. Die Konsequenz war mehr Polizeipräsenz.

Die Medien berichteten dann immer mehr von Babelsberg und von Graffiti-Schmierereien und so. Dazu kam auch Berichterstattung über das *Fanprojekt* in Babelsberg. Das hatten sie dann auch auf dem Kieker. Das bietet sich dann ganz gut an, das linke *Fanprojekt* mitzukriminalisieren.

M — Mir fallen die aus meiner Sicht aufgebauchten Konflikte mit der *Eisfrau* in Babelsberg und an der Alten Post (14482), Lärmbelästigungen, herumliegender Müll, Tags und Graffiti ein.

N — Ja, genau. An vielen Abenden wurden wir angesprochen, dass man zu laut sei und dass man an einen anderen Ort gehen soll. Wenn man gefragt hat, zu welchem Ort, wurde dann beispielsweise der Babelsberger Park erwähnt. Aber der war doch zu diesem Zeitpunkt schon geschlossen. Oder wir wurden an den Plantagenplatz verwiesen. Aber auch da wurden wir nach zehn Minuten von der Polizei wieder weggeschickt. Egal wo wir saßen in Babelsberg. Oder es kam auch die Ansage, nach Berlin zu fahren. Aber das kann ja irgendwie auch nicht Sinn der Sache ist, von einer Stadt in eine andere Stadt geschickt zu werden, weil man laut ist.

*JULIA — Was müsste aus eurer Sicht Jugendlichen in Babelsberg angeboten werden? Was wäre aus eurer Sicht wichtig, dass sich Jugendliche in Babelsberg wohlfühlen? Was wünscht ihr euch als Jugendliche?*

P — Ich weiß nicht, was ich mir gewünscht hätte. Es gibt teilweise auch Angebote, aber da muss man halt auch gut vernetzt sein. Also für viele Jugendliche, die da nicht so viel Ahnung haben, ist es, glaube ich, einfach schwierig. Und es ist natürlich einfach, irgendwo abzuhängen. Beziehungsweise wieder nicht so einfach, gerade in Babelsberg, die Anwohner\*innen sind halt scheiße. Und rufen direkt die Polizei, ohne irgendeinen Kompromiss einzugehen. Und die Polizei sagt halt: ja, habt ihr halt Pech gehabt. Platzverweis oder so. Ich denke da zum Beispiel an den Park Babelsberg. Der wurde ja dann irgendwann geschlossen.

M — Es gibt ja auch ein Problem mit den Anwohner\*innen, die nicht mehr jugendlich sind und früh ins Bett wollen. Wenn in Babelsberg zum Beispiel mehr Studis wohnen würden, denen Lautstärke nichts ausmacht ... Dazu müssten aber die Mieten runter. Und Leute mit mehr Geld könnten sich eher woanders was suchen. Sie haben aber auch keinen Bock aus Babelsberg wegzuziehen. Das verstehe ich auch. Und ich kann mir vorstellen, dass hier auch ein paar Alt-Potsdamer\*innen ebenso angepisst sind, dass es immer lauter wird, sie aber auch keine Lust haben, ihre coole Wohnung aufzugeben. Keine Ahnung. Ich habe das Gefühl, das sind einfach unvermeidbare Phänomene, die mit jungen Menschen irgendwie einhergehen ...

N — Ich kenne hier aber auch einige Leute, die sich gar nicht beschweren und denen die Lautstärke nichts ausmacht. Einige gute persönliche Erfahrungen habe ich auch mit Zugezogenen gemacht, denen es klar war, dass sie in einen Stadtteil ziehen, in dem es auch laut sein wird.

S — Boah, also ich fände es geil, wenn man so einen guten Chill-Ort hätte, wo man sich aufhalten kann mit seinen Freund\*innen, der schön zentral ist, also nicht so weit weg vom Späti oder von Einkaufsläden ... und da halt abhängen kann, ohne sich Sorgen machen zu müssen, dass Polizisten einen die ganze Zeit auf dem Kieker haben. Einfach, dass man da alleine ist, seine Ruhe hat und gut ist.



**Gleich  
wird hier  
dichtgemacht:  
Rette sich,  
wer kann**

M — Na ja, zum Beispiel einen Versuch, darüber zu sprechen, was es denn braucht. Woran liegt es zum Beispiel, dass es laut ist oder hier viel Müll rumliegt? Dann kommt man relativ schnell auf das Problem von den meisten Jugendlichen. Das muss doch allen in der Politik und Erwachsenen eigentlich klar sein: Es gibt für Jugendliche abends keine Orte draußen und drinnen in Potsdam, speziell in Babelsberg.

N — Und es ist ja auch überhaupt nichts Neues, dass Jugendliche einen Ort brauchen, wo sie sich begegnen können, miteinander sprechen, Musik hören und vielleicht mal ein Bier trinken. Das gibt es nicht erst jetzt, das gibt es seit 20 Jahren oder 50 Jahren. Es würde sich ja gar nicht so auf einen Ort konzentrieren, wenn es mehrere Orte gäbe, wenn es fünf Wiesen gäbe, mit Bänken, mit einem Späti, mit einem Supermarkt. Als konkret die Polizei nach „Ausweichplätzen“ gefragt worden ist, dann gab es schon mal die Antwort: „*Es tut mir auch leid, ich wäre jetzt auch nicht gerne Jugendliche hier.*“

*JULIA — Was schon mit einbezogen werden könnte in Überlegungen der Stadt oder auch in Zusammenarbeit mit der Stiftung Schlösser und Gärten ist, dass Jugendliche sich auch da aufhalten können. Indem man Raum schafft, wie z. B. mit mehr Papierkörben, mehr Bänken, mehr Möglichkeiten, dass Jugendliche da auch gewollt sind. Was denkt ihr darüber?*

S — Es ist schade, dass der Babelsberger Park in den Sommertagen schon um 22 Uhr zugeschlossen wird. Das finde ich halt früh, weil ich meine, dadurch verschieben sich die Probleme nur auf andere Orte. Die Jugendlichen sind dann auf den Straßen in Babelsberg. Der Babelsberger Park wäre für uns Jugendliche ein schöner großer Ort.

P — Das hätte ich jetzt auch angesprochen, weil zu der Zeit war ich auch da. Und da war der Park ja immer noch offen gewesen. Es gab da an der Seite, wo jetzt der Fußballplatz von *Concordia* ist, immer noch so eine kleine Steinmauer. Und da sind wir einfach übergeklettert. Dann sind wir halt irgendwie abends oder wenn die Sonne aufgegangen ist beim Taxisteg baden gegangen. Zwei Jahre später haben sie einen Zaun hingehetzt, so dass man jetzt wirklich gar nicht mehr reinkommt in den Park ... Es gab auch immer Ärger mit den Parkwächtern.

Aber jetzt, wo man älter geworden ist, verstehe ich auch teilweise so ein paar Probleme, wie zum Beispiel das Müllproblem. Man braucht mehr Mülleimer. Ich würde neben jede Bank Mülleimer setzen, einfach konsequent. Weil die Jugendlichen darauf nicht immer achten. Ich kenne Viele oder war vielleicht auch selber so einer. Ein älterer Freund von uns, der auch in Babelsberg wohnt, hat einen Mülleimer beantragt. Dieser eine, der vor dem Späti steht, der wurde dann genehmigt. Und Freund\*innen von uns haben dann sogar an dieser Bank gegenüber von der *Eisfrau* selber einen Mülleimer über Ebay gekauft und den haben wir da einbetoniert, weil die Stadt es einfach nicht macht!

Müll, Müll, Müll... Alles ist heutzutage doppelt und dreifach verpackt. Das ist nicht so wie vor 20, 30 Jahren. Aber das Müllproblem haben wir ja nicht nur in Babelsberg, es ist hausgemacht. Das haben wir im Prinzip in der ganzen Stadt. Nur in Babelsberg gibt es keinen, der hinterher räumt so wie in der Innenstadt. Dort ist halt immer die STEP, die alles wieder sauber macht.

*JULIA — Gab es aus eurer Sicht ernsthafte Bemühungen seitens der Stadt, im Rahmen von Beteiligung Raum für Jugendliche zu schaffen und ins Gespräch zu kommen? Könnt ihr euch an Situationen erinnern, wo ihr ernsthaft mit eingezogen worden seid in Überlegungen oder Planungen?*

P — Nee, ich glaube nicht. Es gibt Angebote für ältere Menschen. Es ist jetzt nicht so, dass jemand zu den Jugendlichen kommt, zum Beispiel über Social Media. Ich hoffe, dass das in den nächsten Jahren vermehrt passiert. Aber ich kann mich jetzt nicht daran erinnern, dass irgendwie mal einer auf uns zugekommen wäre.

S — Das ist eine gute Frage ... Ich bin oft im Internet, um Informationen zu bekommen. Mich sprechen Social Media-Kanäle an.

*JULIA — Ich würde noch mal gerne zur Partizipation von jungen Leuten zurückkommen. Der Oberbürgermeister hat in Babelsberg und Zentrum Ost zu Stadtteilspaziergängen und zu Stadtteilversammlungen gern eingeladen. Ist euch da irgendetwas in Erinnerung geblieben?*

P — Naja, wie gesagt, das geht halt irgendwie an einem vorbei. Wichtig ist sich zu vernetzen. Okay, die machen es nicht unbedingt schlecht ... Aber bei Jugendlichen rauscht es halt durch. Da brauchst du irgendwie was Flashiges oder so ein Plakat, was die Jugendlichen abholt. Text, Text, Text ... Die haben halt keinen Bock, das zu lesen. Darauf hatte ich auch keinen Bock. Oder besser halt einfach direkt anquatschen.

S — Also so eine Stadtteilversammlung oder ein Stadtspaziergang spricht mich nicht an.

*JULIA — Ich habe gehört, dass Sozialarbeiter\*innen auf Jugendliche in Babelsberg zugehen. Wie empfindet ihr es, angesprochen zu werden? Was müsste denn Sozialarbeit leisten, um Jugendliche/euch zu erreichen?*

P — Ich hatte jetzt nicht so viel Kontakt mit Sozialarbeiter\*innen. Ich weiß nicht, was mich da abgeholt hätte. So ein bisschen mehr auf die Lebensrealität von uns Jugendlichen eingehen? Darauf, was in Babelsberg abgeht. Besser als „ihr nervt nur“. Aber die nehmen das einfach nicht so wahr. Das müsste irgendwie mehr auf die

jungen Menschen abgestimmt sein. Potsdam liegt im Vergleich zu anderen Städten ganz weit hinten. Vielleicht versucht Babelsberg so zu werden wie die anderen wohlhabenderen Stadtteile, indem sie die Jugendlichen einfach immer weiter raus drängen. Die Frage ist bloß wohin? Babelsberg ist ja ein riesiger Stadtteil, wo sich halt alles rund um den S-Bahnhof Babelsberg abspielt. Und alle kommen dann halt am Wochenende oder unter der Woche, wenn sie frei haben, oder in den Ferien ... Auch wenn hier in Babelsberg ein Fußballspiel ist.

JULIA — *Ich erlebe Babelsberg als einen Ort, wo mittlerweile Nazis durchmarschieren z. B. gerade auch im Zusammenhang mit Fußballspielen. Wie erlebt ihr das politische Engagement von jungen Leuten hier in Babelsberg?*

P — Ist schwierig. Ich habe mich Zeit meines Lebens immer stark in linken Kreisen bewegt. Aber man bekommt mit, dass *rechts sein* wieder auf dem Vormarsch ist. Generell überall in Deutschland. Was du angesprochen hast mit den Fußballspielen stimmt. Da bin ich nicht, ich gehe nicht zum Fußball. Aber ich weiß auf jeden Fall, ein Großteil der Fußballszene ist einfach rechts. Babelsberg ist halt ein Ausnahmeverein mit ein paar anderen wie St. Pauli oder Werder Bremen, die eine links geprägte Fan-kultur haben.

M — Ich fühle mich politisch immer noch sicherer hier, da man nicht angefeindet wird für irgendwas aufgrund von ideologischen Sachen. Ich beobachte aber auch, dass zum Beispiel da drüben in der Kneipe Menschen sitzen, die rechts sind und auch die entsprechenden rechten Marken tragen. Ich habe das Gefühl, dass viele linke Jugendliche hier sind.

N — Ich glaube auch, dass man sich zum Beispiel hier so sicher fühlen kann, weil die Rechten in Babelsberg noch nicht so viel machen können. Hier gibt es eine linke politische Präsenz, die stark mit der linken Fußballszene verbunden ist. Ich denke da auch an linke Feste und Fußballveranstaltungen wie „Der Ball ist bunt“ und den Fußballverein *Concordia Nowawes*. Es gibt viele Überschneidungen von linken Projekten. Man würde dann immer irgendwen kennen, den man anrufen kann. Leute schreiten ein, schauen nicht nur zu. Sie werden aktiv. Man muss zwangsläufig keine Angst haben, speziell an diesem Ort.

P — Ja, es ist wichtig zu den Fußballspielen zu gehen und der rechtsextremen Szene etwas entgegenzusetzen. Denn ich höre in den Medien nicht, dass Rechtsextreme wie der *Dritte Weg* durch Babelsberg marschieren. Das wird nicht als Sicherheitsproblem wahrgenommen. Nicht umsonst ist ja die Polizeipräsenz gerade bei Fußballspielen immer größer, weil die Fangruppen so polarisierend miteinander sind. Dritte Weg-Sticker findest du überall in Waldstadt und an den Laternen in der Stadt. Da würde ich mir von der Stadt eine andere Verantwortung auch den jungen Leuten

gegenüber wünschen, die eine gute, aus meiner Sicht antirassistische Arbeit dort leisten.

S — Ich denke, dass der Fanladen gute Arbeit macht. Da bin ich auch selber ab und zu, er ist gut gelegen. Und dass die Jugendlichen da schon das „A und O“ sind. Die Jugendlichen sind gegen Rechtsextreme. Ich halte von Rechtsextremismus nichts. Und die Jugendlichen setzen sich dafür ein, dass gegen rechtsextremistisches Gedankengut protestiert wird; dass Rechtsextremisten keine Stimme kriegen und nicht mehr laut werden können. Potsdam ist ja auch im Bündnis „Potsdam bekennt Farbe“. Und es ist am besten, den Fanladen wegen seiner antirassistischen Arbeit eigentlich mehr zu fördern.

Nee, auf uns darf auf gar keinen Fall verzichtet werden. Mehr und mehr Jugendliche, die sich gegen Rechtsextremismus auflehnen, kommen dazu. Dann muss man größer denken. Wo sollen sich denn die Jugendlichen dann noch aufhalten? Ach, das *freiLand* ist noch ein schöner Platz für uns Jugendliche.

*JULIA — Was würdet ihr den Leuten gerne entgegen, die sagen, junge Leute sind ein Problem bzw. stellen ein Sicherheitsproblem in Babelsberg dar, wenn ihr die Möglichkeit hättet?*

P — Die Jugendlichen haben ja nichts in Aussicht, was sie machen können. Gerade wenn man in dieser Übergangsphase ist, wenn man gerade halb jugendlich wird und eben noch nicht volljährig ist und keine Lust hat nach Berlin zu fahren oder so, wo es ja noch Clubs gibt. Weil es einfach nicht die nötige Struktur gibt in Potsdam. Da könnte man noch ein bisschen was machen für die Jugendlichen.

S — Ich würde zu denen gehen und sagen ... ach, ich weiß es nicht. Das Problem wird es immer geben, wenn du den Jugendlichen nicht die Freiräume gibst, die sie brauchen, zum Beispiel um Graffiti zu sprühen. Mehr freie Graffitiflächen. Im *freiLand* ist das schon ganz gut, aber da sind die Flächen auch begrenzt. Die sind auch nicht mehr so geil, weil die so *wölblich\** sind. Da kannst du dich nicht so richtig dran auslassen, ist dann irgendwann auch nicht mehr geil. Und ja, mehr Flächen würden da auf jeden Fall helfen, um das Problem zu lindern.

\* Gewölbt bzw. nicht mehr so gute Flächen, weil diese wenigen Flächen von immer mehr Jugendlichen besprüht und überstrichen werden

*JULIA — „Junge Leute sind ein Problem. Sie sind schuld am Vandalismus und sie sind eine Gefahr für die Sicherheit.“ Das ist der O-Ton vieler Leute, die da wohnen.*

P — Ich würde erst einmal fragen, wie sie Gefahr definieren? Sind wir ein Problem und für wen? Für die Leute, die da wohnen? Die haben sich doch entschieden,



**Grund- und  
Spätversorger,  
Postfiliale, Treffpunkt:  
Späti 44  
in Babelsberg**

da hinzuziehen. Gerade auch um den S-Bahnhof. Ich weiß nicht, ich wohne da nicht unbedingt, auch wenn ich da öfter bin. Es ist auch laut da, weil da auch die S-Bahn lang fährt oder auch am Tag die Straßenbahn. Eigentlich sollten die den Lärm gewöhnt sein.

Viele Argumente waren außerdem von Leuten, die über dem Späti wohnen, dass deren Kinder schlafen müssen ... das kann man ja auch teilweise verstehen. Aber man kommt eben immer wieder zurück auf die Problematik, dass zu den Jugendlichen gesagt wird „Haut einfach ab“.

Ich finde, man entscheidet sich ja auch mit dem Zuzug in so einen Stadtteil für so ein Stadtleben. Da kann man ja nicht eine absolute Ruhe wollen und um 22 Uhr werden die Bürgersteige hochgeklappt. Oder sogar schon um 21 Uhr. Dann ist Ruhe eingekehrt. So wünscht man es sich.

M — Ich denke, dass sehr stark pauschalisiert wird. Es gibt nicht *die* Babelsberger Jugend. Es gibt Jugendliche, die am *Corner* Zeit verbringen. Denen wird vorgeworfen, sie würden für andere Mitmenschen eine Gefahr sein. Das finde ich ziemlich absurd. Hier treffen sich Jugendliche, man sitzt zusammen, hört Musik und unterhält sich. In welcher Form davon Gefahr ausgehen sollte, verstehe ich nicht.

N — Ich glaube, das ist einfach irgendwie ein Attribut der Jugend. Ich finde es aber auch einen komischen Vorwurf. Wir tun niemandem was. Wir machen Scherben weg, wenn irgendwas herunterfällt. Ich finde den Vorwurf eigentlich ziemlich krass. Ich kenne die Leute hier, mit denen verbringe ich Zeit, denen vertraue ich. Und wenn jetzt jemand irgendwo eine Gefahr sehen würde, wären sie die ersten, die helfen würden, wenn es einen Übergriff oder einen Konflikt gäbe.

JULIA — *Was ist eure Vision für ein jugendfreundliches Babelsberg?*

P — Ich bin schon länger raus und ein bisschen distanziert, muss ich auch sagen. Wie gesagt, irgendwie so eine richtige Alternative gibt es nicht. Weil, wenn ich jetzt so zurückblicke, werden die Plätze einfach zugemacht. So wie der Park eben. Was ich natürlich einerseits ein bisschen verstehen kann mit Blick auf den Müll. Aber andererseits bleibt diese Freizeitverdrängung von Jugendlichen. Das funktioniert halt nicht. Der Babelsberger Park z. B. ist doch riesig. Weil er geschlossen ist, müssen sich die Vielen, die da Platz gefunden hätten, auf einem viel kleineren Raum in Babelsberg drängen. Das war z. B. die Alte Post neben dem *Femo-Döner* am S-Bahnhof, die jetzt zum Café umgewandelt wurde. Da kann man auch immer noch sitzen, aber das ist nicht mehr das Gleiche wie vorher.

Klar, Anwohner\*innen freuen sich, wenn bei ihnen kein Lärm mehr ist, aber der ist dann halt bei Anderen. Und bei der *Eisfrau* musste die Polizeipräsenz gerade durch

diese mediale Präsenz wahrscheinlich steigen. Die sind bestimmt einfach im Handlungszwang.

Aber es läuft immer irgendwie auf dasselbe hinaus, es ist einfach nur eine Verschiebung. Die Jugendlichen werden nicht weniger. Und da würde ich einfach eine wirkliche Alternative schaffen. Der Weberplatz wäre ja an sich ein guter Platz, wo sich jetzt auch nicht so oft Leute befinden, weil es ein großer Platz ist. Oder irgendwie einen Teil vom Babelsberger Park umbauen, sodass es für alle funktionieren kann. Aber da wird halt kein Kompromiss eingegangen. Es bleibt immer an uns hängen. Und auf Zusammenarbeit wird da fast immer verzichtet.

N — Also süß fände ich zum Beispiel, wenn hier bei einem *Corner* ein kleiner Teil autofrei wäre, wo vielleicht eine Grünfläche hinkommt, vielleicht ein paar Bänke, meinetwegen kann man auch gerne ein paar Mülleimer dazu tun. Das kann man ja auch gemeinsam machen und die Jugendlichen mit einbeziehen. An diesem Ort darf Lautstärke sein, Musik gehört, Bier getrunken und geredet werden.

*JULIA — Ich möchte euch jetzt noch mal den Raum geben, wenn ihr noch irgendwas sagen wollt, was noch unbedingt untergebracht werden soll in dem Interview.*

P — Es ist wichtig, dass Jugendliche auch wirklich ernst genommen werden und man sie nicht immer versucht klein zu halten. Es sind eben nicht nur ein paar Leute, sondern wirklich große Teile in Potsdam, die genauso ihre Daseinsberechtigung haben. Es ist ja überall dasselbe: Parkplätze, Eintritt für Parks statt Räume für Jugendliche. Das ist nicht nur in Babelsberg so, auch wenn hier gerade die mediale Präsenz in den letzten Jahren besonders hoch ist.

N — Ich finde es irgendwie so schade, dass es einfach so ein gegenseitiges Ver-teufeln geworden ist und so ein starkes Gegeneinander. Ich denke, wenn man wirklich miteinander spricht, würde doch jeder die „andere“ Seite verstehen. Natürlich versteht man, dass es für eine Person, die morgens um 6 Uhr raus muss, blöd ist. Aber es braucht für die Jugendlichen grundsätzlich auch Raum. Deswegen finde ich es einfach so schade, dass es sich wie eine Wand zwischen den Leuten anfühlt. Vielleicht kann so ein Interview wie dieses ein bisschen helfen, weniger gegeneinander zu arbeiten und in einen richtigen Diskurs zu gehen.

Ich finde, das ist einfach ein komischer Ansatz zu versuchen, durch Repressionen Probleme zu lösen. Man könnte sich auch die positiven Aspekte mal anschauen und darüber sprechen und schreiben. Ich meine, es ist doch irgendwie schön, dass es Jugendkultur gibt in Babelsberg und sonst ist alles so eingeschlafen.

# Solarparks im Potsdamer Norden

## Wie sich Satzkorn und Uetz-Paaren für ihre Ortsgestaltung einsetzen

VON SUSANNA KRÜGER

---

Unser sonniges Havelland bietet gute Bedingungen für einen ordentlichen Solarenergieertrag. Große zusammenhängende Flächen sind auch da, ein Erbe aus DDR-Zeiten. Viele Flächen gehören heute großen Agrarunternehmen. Der Solar-Investor muss so nur mit wenigen oder einem einzelnen Besitzer verhandeln.

So auch in Satzkorn. Die 97 ha große Planfläche liegt hier zudem nahe von Stromtrassen, was für den Anschluss an das Netz wichtig ist. Mehr braucht es nicht. Die zuständige Planerin der EnBW bekräftigte auf einer Bürgerversammlung in Satzkorn: *„Unser Interesse ist einzig der maximale Ertrag! Alles andere müssen Sie mit Ihrer Verwaltung aushandeln.“*

Damit meinte sie wohl: Die Planungshoheit liegt bei der Kommune. 2021 beschloss die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung den Aufstellungsbeschluss für den Solarpark. Der Satzkorner Ortsbeirat nutzte die Chance, die sich für eine echte Bürgerbeteiligung 2022–23 bot, im Rahmen einer Klausurtagung des Dorfdialogs „Fahrplan fürs Dorf“ und der „Ortsgestaltung mit Architekten“ mit 10 thematischen Werkstätten über ein ganzes Jahr. Die Solarparkplanung war eins der für die Bürger\*innen wichtigen Themen.

---

**Der Dorfdialog wird vom „Forum ländlicher Raum — Netzwerk Brandenburg“ organisiert, aus Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds im Auftrag des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg gefördert und von der Brandenburgischen Architektenkammer unterstützt.**

---

Das Endergebnis des Satzkorner Dorfdialogs ist eine sehr gute Grundlage für eine Rahmenplanung. Leider steht diese in der Prioritätenliste der Stadtplanung weit hinten. Das heißt, der Solarpark und die Windkraftanlagen werden gebaut, bevor die Rahmenplanung für das Dorf gemacht wird. ►

Grafik: Susanna Krüger / OBR Satzkorn

**DORFDIALOG**  
 Fahrplan fürs Dorf  
 Ortsgestaltung mit Architekten

# DORFENTWICKLUNG SATZKORN

Ergebnisse der 10 Werkstattgespräche  
 2022-23  
 Ortsbeirat Satz Korn



Sichtachse Mühlenweg - Kartzow

**FREIRAUM- UND BIOTOPVERBUND-SCHUTZ**

Königsheide Biotopschutz

Eingrünung  
 Einbindung in das Landschaftsbild

Freiflächensolaranlage  
 Vorschlag im Fall der Realisierung an diesem Ort

Rundwege  
 Erholung

Streuobstwiese  
 Ausgleich Solar

GE Friedrichspark  
 Konzentration im süd. Bereich (kein BP 156-2)

LKW-Verkehr  
 Aktueller Weg: A  
 Alternativvorschläge: B, C, D  
 Favorit: D

Abschirmung zu Baubetrieben  
 Ausgleichsfläche

Kienheide Rundweg

Haupttradweg von Satz Korn zum Bht. Marquardt

Weinberg Aussichtspunkt  
 Weinberg

Einfl. Marquardt

Festplatz  
 Picknick / Fitness / Boulebahn

NEUES DORF  
 WOHNEN

ALTES DORF  
 WOHNEN, GEBERBE DENKMALSCHUTZ

Schlossweg  
 öffentlicher Weg

Gutshaus  
 Sanierung

Pappelweg  
 Reaktivierung

Parkweg  
 Rad-/Fussweg

Weinberg Aussichtspunkt  
 Weinberg

Kreuzbruch

Klärwerk  
 Eingrünung

Dorfbackofen  
 Neubau

Fußweg  
 Reaktivierung  
 Dergebet

Gutspark

Kleingärten

Naturerlebnis /  
 Erholung

Naturerlebnis /  
 Erholung

'Weg nach  
 Fahrland'  
 Rad-/Fullweg

Hochweg  
 Schutweg, Wanderweg  
 Moorerlebnispfad

NATUR- LANDSCHAFTSSCHUTZ  
 WIEDERVERNÄSSUNG,  
 ERHOLUNG

Sichtachse Gut Satz Korn - Mühle

Sichtachse Gut Satz Korn - Gut Fahrland

Kleiner Siegbundberg

Großer Siegbundberg

Siegbundweg

Siegbundweg

Die Brandenburgische Architektenkammer unterstützte die Werkstätten durch professionelle Anleitung. Stadtplaner **Steffen Pfrogner** (DIE aNDERE) war einer von ihnen. Neben seinem Fachwissen war auch seine Sicht als Potsdamer Kommunalpolitiker sehr hilfreich. Zum wichtigen Thema Landschaftsgestaltung gab Prof. **Jürgen Peters** von der *Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde* zahlreiche gute Anregungen.

Eines wurde während der Dorfdialog-Werkstätten mit zahlreichen engagierten Satzkorner Bürger\*innen schnell klar: Sonne, Fläche und Netzanschluss sind nicht alles. Diverse kommunale, naturschutzfachliche und planungsrechtliche Belange gilt es zu beachten. Ergebnis der Diskussion war eine 27-seitige Stellungnahme, die der Ortsbeirat im Dezember 2022 zum Vorentwurf des Bebauungsplans 173, Freiflächen-solaranlage Satzkorn, einreichte.

Darin heißt es: *„Der schnelle und flächendeckende Ausbau regenerativer Energiegewinnung ist eine der wichtigsten Maßnahmen, um den Klimawandel aufzuhalten. Allerdings sollten die Betreiber von Energieanlagen nicht aus der Pflicht gelassen werden, eine nachhaltige Einpassung dieser Anlagen in die Landschaft zu betreiben. Positive Beispiele zeigen, dass die Betreiber effizient verpflichtet werden können, negative Auswirkungen auf Naturräume und das Lebensumfeld der Anwohner\*innen abzumildern und auszugleichen.“*

Die Satzkorner\*innen fordern, dass gegen den drohenden Verlust von Erholungsraum ein Rund- und ein Querweg durch die Planfläche gelegt werden. Breite Heckenstreifen vor den Zäunen sollen die *„massive technische Überprägung“* der Landschaft abmildern. Zum Schutz des vorhandenen Freiraum- und Biotopverbunds darf eine Teilfläche bei Kartzow nicht bebaut werden. Einen deutlichen Abstand zur Dorflage Satzkorn halten die Satzkorner\*innen für wichtig. Eine Streuobstwiese soll als landschaftsgestalterischer Puffer dienen. Der Abstand zwischen den Panels soll so groß sein, dass Sonnenlicht auf den Boden fallen kann. Nur so können die ausgesäten Kräuter Samen bilden und sich über Jahre fortpflanzen (Biodiversität).

Einige der Satzkorner Ideen sind nach langen Diskussionen nun inzwischen in die Planung aufgenommen worden, z.B. die Wege und die Obstbäume. Wichtige Details, wie das Wegerecht oder die Festsetzung einer Streuobstwiese (statt einer Plantage, wie es der Landwirt möchte) fehlen noch.

## **Einer der wertvollsten Böden Brandenburgs**

Von Anfang an stand eine entscheidende Frage im Raum: Warum wird der Solarpark auf einem der fruchtbarsten Böden Brandenburgs (mit teilweise über 50 Bodenpunkten) geplant?

Sehr erstaunt war man in Satzkorn darüber, dass die Stadtverwaltung erst Mitte 2024 kurz vor Ende der förmlichen Beteiligung feststellte, dass sie sich mit der Einschätzung der Bodenwerte vertan hatte. Obwohl der Ortsbeirat Satzkorn das bei jeder Gelegenheit erklärte und die Werte auf der Website des Landesamts für Bergbau mit ein paar Klicks einsehbar sind.

Normalerweise werden solche besonderen Ackerflächen regionalplanerisch als „Vorranggebiete für die Landwirtschaft“ vor Überbauung geschützt. Agri-PV-Anlagen wurden nicht in Betracht gezogen. Der Ortsbeirat lieferte auch eine Idee für eine



Die stellvertretende Ortsvorsteherin von Satzkorn, *Susanna Krüger* (Bildmitte, mit der Urkunde) und Stadtplaner *Steffen Pfrogner* (ganz rechts) — beide DIE aNDERE

Für die Teilnahme am Dorfdialog wurden die Dörfer Satzkorn (2022) und Uetz-Paaren (2025) von den amtierenden Minister\*innen des Brandenburgischen Agrar- und Umweltministeriums gewürdigt und erhielten als Geschenk je einen Baum zum Einpflanzen für ihre Ortsgestaltung.

Foto: *Josephine Nitschke* / Forum ländlicher Raum — Netzwerk Brandenburg

Alternativfläche in der Nähe. Dort ist die Bodengüte deutlich schlechter und der Abstand zum Dorf größer. Allerdings liegt die Fläche am Rand innerhalb eines Landschaftsschutzgebietes (LSG) und wurde deshalb gar nicht erst geprüft. Solaranlagen in Landschaftsschutzgebieten sind ein sehr kontroverses Thema. Was an Ausnahmen in Landschaftsschutzgebieten doch möglich gemacht wird, sieht man z. B. am Bau des riesigen Autobahndreieckes Havellands. Es kommt auf den Einzelfall an ...

Jedenfalls ist die Herangehensweise der Stadt, Solarparks nur auf Grundlage der Potentialanalyse auszuweisen, die auf förderfähigen Flächen an Verkehrswegen beruht, längst überholt. Für Investoren ist das Geschäft auch ohne Förderung sehr lukrativ. Es ist Aufgabe der Stadt, ihre Planungshoheit in Gänze auszuüben und alle Belange abzuwägen.

## In Uetz-Paaren wird es besser laufen

In Uetz ist ein vergleichbar großer Solarpark, hier von der EWP, aktuell in Planung. Es besteht die Chance, in puncto Planung und Bürgerbeteiligung einiges besser zu machen! Auch hier kam die Idee auf, Teile der Fläche nahe des Dorfes freizuhalten und statt dessen einen minderwertigen Acker südlich der Autobahn mit Solarpanels zu belegen. Die Stadt Potsdam wurde deshalb vom Ortsbeirat Uetz-Paaren aufgefordert, einen entsprechenden Prüfauftrag beim zuständigen Landesamt zu stellen. Es ist zu prüfen, ob dieser Acker für den Solarpark nutzbar ist, obwohl er im LSG liegt.

Uetz-Paaren hat sich von Satzkorn inspirieren lassen. Der Ortsbeirat bewarb sich beim Forum ländlicher Raum und führt den Dorfdialog mit Architekt\*innen in diesem Jahr durch. Und beschlossene Sache ist auch: Die Stadtplanung entwickelt für das Doppeldorf ab Herbst 2025 einen Rahmenplan für die gesamte Ortsgestaltung. Rahmenpläne definieren allgemeine Ziele und Visionen für die Entwicklung, wie z. B. den Erhalt des Dorfkerns, die Schaffung von Grünflächen und die Verbesserung der Verkehrsanbindung oder eben Flächenfindung für Energiegewinnung. Es geht dabei um eine Gesamtbetrachtung der Ortsentwicklung mit Abhängigkeiten der Ziele untereinander.

Ortsbeirat **Ingo Kunde** freut sich über den kreativen Austausch: *„Der Dorfdialog müsste immer die Grundlage für eine Rahmenplanung sein. Er ist eine super Basis für eine zielorientierte und bedarfsgerechte Ortsentwicklung unter echter Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger!“*

Vorbereitungstreffen zum Dorfdialog mit den von der Brandenburgischen Architektenkammer gesandten Architektinnen *Petra Ringleb* und *Katrin Oggesen* sowie *Laura Angelow* von der Stadtplanung Potsdam am 7.5.2025 unterm Walnuss in Paaren. ►

Foto: *Paul Püschel*





Wir müssen raus aus unserer Nische und auch auf Menschen zugehen, die nicht an szenetypischen Orten verkehren. Der Ansatz der sogenannten Stadtteilgewerkschaft hat uns in vielen Punkten überzeugt.

*Warum heißt das „Stadtteilgewerkschaft“?  
Was hat das mit Gewerkschaftsarbeit zu tun?*

Wir sind keine Gewerkschaft im Sinne der deutschen Gewerkschaften wie DGB oder ver.di, deren Bezugspunkt Tarifverhandlungen sind. Unser Gewerkschaftsbegriff ist weiter gefasst. Für uns ist das Gewerkschaftliche, dass wir uns gegenseitig bei Problemen im Rahmen einer verbindlichen Organisation unterstützen. Und die Probleme in Potsdam sind deutlich: steigende Mieten, Ärger mit den Vermieter\*innen, Probleme mit Behörden wie Jobcenter oder Ausländerbehörde oder Stress auf der Arbeit.

*Das hört sich an wie eine Nachbarschaftshilfe.*

Nachbarschaftshilfen sind toll, und sollte es viel mehr geben! Aber wir wollen mit unserer Stadtteilgewerkschaft nicht nur eine gegenseitige Nachbarschaftshilfe sein. Vereinfacht gesagt: Wir sind eine politische Nachbarschaftshilfe für den Stadtteil. Wir sind uns darüber bewusst, dass viele Probleme größere Ursachen haben. Wir unterstützen uns gegenseitig, soweit wie es geht ganz praktisch, mit Beratung und gemeinsamen Behördengängen usw., aber wir können es dabei nicht belassen: Die ungleiche Behandlung von Menschen können wir nur dann ändern, wenn wir unsere Gesellschaft grundlegend verändern. Das ist der politische Anspruch der Stadtteilgewerkschaft.



## *Wie zeigt sich euer politischer Anspruch?*

Erstmal, indem wir darüber reden: Wir haben uns ein Selbstverständnis gegeben und wollen niedrigschwellige politische Bildung anbieten. Gleichzeitig schauen wir, ob Probleme politisch angegangen werden müssen, wenn Beratung und Juristerei an die Grenzen stoßen. Wir suchen ganz gezielt Konflikte, um schon auf lokaler Ebene politische Veränderungen zu erwirken. Ich habe schon oft selbst erlebt, dass politischer Druck von der Straße wirkt, ein Beispiel: Es hat zwei größere Protestaktionen vor dem Rathaus gebraucht, um für mehr als ein Dutzend Frauen Aufenthaltserlaubnisse zu erkämpfen. Die Frauen waren selbst Teil des Protests: Sie warteten teils über 5 Jahre auf ihre Aufenthaltserlaubnisse. Mit politischem und öffentlichem Druck ging dann alles ganz schnell.

Allerdings müssen wir für die größeren Veränderungen hin zu einer solidarischen Welt mehr politisch überzeugte Menschen werden, die sich zusammen organisieren. In der Stadtteilgewerkschaft sollen Menschen erleben, wie stark linke Organisation und solidarische Ideen sein können. Wir richten uns daher explizit nicht nur an bereits politisierte, links gesinnte Menschen.

*Von mehr Gerechtigkeit und Gleichheit im Stadtteil bis zu einer solidarischen Welt ist aber ein kleiner Sprung. Wie geht ihr damit um?*

Organisation fängt immer beim einzelnen Menschen an. Diese Basisarbeit müssen wir uns machen. Jede größere Bewegung hat eine Vorgeschichte von vielen kleinen Begegnungen und Organisationen auf lokaler Ebene. Trotzdem wissen wir: Der Stadtteil als Erfahrungsraum ist sehr wichtig, aber nicht ausreichend. Der Ansatz der Stadtteilgewerkschaft stammt ursprünglich aus Bremen. Mittlerweile gibt es Dutzende Stadtteilgewerkschaften in Deutschland oder sie sind in Gründung. Gemeinsam mit anderen Stadtteilgewerkschaften wollen wir Teil einer organisierten sozialen Bewegung sein, die mobilisierungsfähig über Milieugrenzen hinweg sein möchte — perspektivisch für die großen Veränderungen, die nötig sind, oder als starkes Gegenhalten gegen den Rechtsruck. Alle Stadtteilgewerkschaften teilen den Ansatz der gegenseitigen Unterstützung und der politischen und kapitalismuskritischen Organisation an der Basis. Wir nennen das auch „Beratungs-Organisierungs-Ansatz“.

*Mittlerweile konntet ihr ja genug Dauerspenden einwerben, um einen Raum in Waldstadt zu mieten. Das klingt nach einem spannenden und produktiven Sommer für euch ...*

Wir sind überwältigt und sehr dankbar, dass uns so viele Mitstreiter\*innen unterstützen! Mit den eingeworbenen Dauerspenden sind wir unabhängig. Das vereinfacht vieles, besonders in Zeiten, in denen der Druck auf linke Initiativen größer wird.

Parallel zu unserer Spendenkampagne ging dann — nach langer Raumsuche — alles Schlag auf Schlag. Wir werden ab 1. Juli zwei Räume in Waldstadt (in der Straße *Zum Jagenstein*) beziehen. Dann geht's daran, die Räume einzurichten. Zwar wohnen ein paar Leute von uns bereits in Waldstadt, aber wir werden die nächste Zeit noch mehr damit verbringen, im Stadtteil anzukommen, ins Gespräch mit den Leuten vor Ort zu kommen, bspw. über Haustürgespräche und Infostände. Jetzt geht's also richtig los mit unserem „Beratungs-Organisierungs-Ansatz“ — Dazu werden wir uns auf Schwerpunkte einigen und ein Konzept erarbeiten. Wir laden bereits Menschen mit Beratungskompetenzen ein, die mit unserem Selbstverständnis was anfangen können und bei uns mitmachen wollen. Gleichzeitig sind wir auf der Suche nach Möbeln und Einrichtungsinventar. Es gibt also viel zu tun, und Unterstützung ist gerne gesehen! Interessierte und Unterstützer\*innen können sich an unseren E-Mail-Kontakt wenden.

*Vielen Dank und viel Erfolg euch!*

## **Unterstütze den Aufbau unserer Stadtteilgewerkschaft ..... eine neue Form der linken Basisarbeit in Potsdam!**

**Mit unserer Stadtteilgewerkschaft wollen wir linke Basisarbeit über soziale Milieus und linke Räume hinweg ermöglichen. Der Kern unserer Arbeit ist unser „Beratungs-Organisierungs-Ansatz“. Wir verknüpfen gegenseitige Unterstützung mit politischer Arbeit an Orten, wo es bisher kaum solche Strukturen gibt. Somit beziehen wir ab 1. Juli Räume in Waldstadt.**

**Unsere Arbeit soll zeigen: Solidarische Perspektiven und gemeinsame Kämpfe unabhängig von Herkunft und Geschlecht helfen im Alltag mehr als rechte Hetze: Damit leisten wir dem Rechtsruck Widerstand. Mit anderen Stadtteilgewerkschaften bundesweit wollen wir Teil einer organisierten sozialen Bewegung sein. Wir treten für einen grundlegenden Wandel der Gesellschaft ohne Ausbeutung von Mensch und Natur ein.**

**Nur gemeinsam mit euch schaffen wir das! Zur Einrichtung unserer Räume benötigen wir Möbel und Einrichtungsinventar. Für den Start unserer Beratungstätigkeiten freuen wir uns auf die Unterstützung von Menschen mit Beratungskompetenzen, die Lust auf linke Basisarbeit haben!**

● **Seid ihr interessiert zu unterstützen? Schreibt an:**  
[solidarisches-potsdam@riseup.net](mailto:solidarisches-potsdam@riseup.net)

● **Mehr Infos:**  
[www.solidarischespotsdam.de](http://www.solidarischespotsdam.de)



# Ein Kommentar zur geplanten Tank- und Rastanlage „Havelseen“

## Warum der Bau im Potsdamer Norden gestoppt werden muss!

VON SILKE BECKEDORF UND SUSANNA KRÜGER

---

Mitten im Naturraum Havelseen plant die Autobahn GmbH den Neubau einer gigantischen Tank- und Rastanlage an der A10 — rund 30 Hektar sollen versiegelt werden, um die bestehende Raststätte „Wolfslake“ zu ersetzen. Doch angesichts der ökologischen, finanziellen und verkehrspolitischen Realität ist eines klar: Dieses Projekt darf nicht gebaut werden!



Prof. Dr. **Andreas Knie**, Mobilitätsforscher am Wissenschaftszentrum Berlin, findet deutliche Worte: *„Es ist immer dasselbe Thema: Wachstum. Versiegeln. Frevel an der Natur. Es wird gebaut, als gäb's kein Morgen.“*

Tatsächlich: Deutschland versiegelt täglich im Schnitt 35 Hektar Fläche, größtenteils für Verkehrsprojekte. Der Bau einer neuen Tank- und Rastanlage bedeutet nicht nur einen massiven Eingriff in die Natur — sondern auch eine völlig verfehlte Prioritäten-setzung. Statt in die Erhaltung des maroden Straßennetzes zu investieren, wird weiter auf Expansion gesetzt. **Knie** mahnt: *„Ihr gebt Geld aus für Projekte, die nicht zu rechtfertigen sind. Und an anderer Stelle zerbröselst es.“*

### Kein Bedarf — keine Rechtfertigung

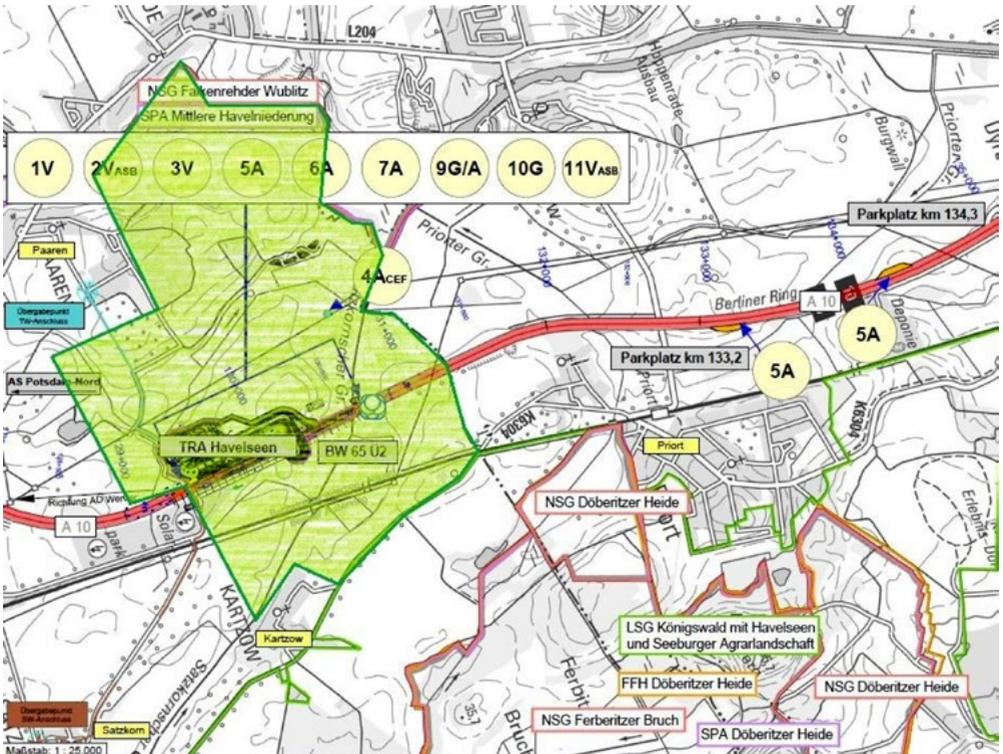
Verfechter des Projekts verweisen auf den steigenden LKW-Verkehr — ein Argument, das **Knie** klar entkräftet. Zwar sei ein leichter Anstieg im regionalen Güterverkehr zu beobachten, doch langfristig zeige sich ein Rückgang der Fahrleistungen.

*„Seit 2016 nehmen die Fahrleistungen ab. Die Autos werden weniger genutzt, die Entfernungen kürzer, auch die Zahl der Fahrten sinkt. [...] Es kann daher keine Neubauten geben!“* Die Annahme, die geplante Anlage entlaste den LKW-Verkehr, ist zudem trügerisch. Tatsächlich würde sie nicht einmal zusätzliche Stellplätze schaffen — das

Vorhaben ist in Wirklichkeit ein reiner Ersatzbau, der Natur opfert, ohne das eigentliche Problem zu lösen. Die private *Autobahn Tank & Rast Gruppe GmbH & Co. KG* als Betreiber wird durch ein Konsortium aus *Allianz* und ausländischen Investoren (u. a. aus Kanada und China) kontrolliert. Internationale Fast-Food-Ketten und Mineralölkonzerne sind die Profiteure des Projekts.

## Fehlendes Geld, falsche Planung

Hinzu kommt ein eklatantes Missverhältnis in der Finanzierung: Die öffentliche Hand hat kaum noch Spielräume. Während die Bahn Milliarden benötigt und bestehende Autobahnbrücken buchstäblich bröckeln, sollen hunderte Millionen in ein „Peripherieprojekt“ fließen? Knie warnt: „Das Geld wird verdampfen, ohne dass wir es merken. Für solche Projekte wie die Raststätte ist einfach nichts da.“ Sein Vorschlag: Statt neue Straßen und Anlagen zu bauen, sollte man überlegen, wo man Autobahnen rückbauen kann — und sich ehrlich mit der Realität des schrumpfenden Verkehrs auseinandersetzen.



Landschaftsschutzgebiet (LSG) Havelseen

Quelle: Karte entnommen aus Planfeststellungsverfahren (U9.1 Blatt 1 Maßnahmenübersichtsplan), bearbeitet; grün schraffierte Fläche: ungefähres Prüfgebiet für LSG

## Undemokratisch und unzulässig: Planung an den Menschen vorbei

Besonders brisant: Das Planfeststellungsverfahren wurde auf Basis veralteter Unterlagen eingeleitet, ohne dass die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung der Anwohner\*innen in den umliegenden Dörfern erfolgte. Die Einwendungsfrist endete bereits im April 2021. Doch zahlreiche Privatpersonen, Eigentümer\*innen, Umweltverbände und auch die Stadt Potsdam lehnten das Vorhaben ab und kündigten Klagen an.

„Solche Projekte können gestoppt werden“, sagt Knie. „Ob durch formale Fehler, Artenschutz oder zivilgesellschaftlichen Druck — es gibt Wege.“ Zivilgesellschaftliche Organisationen wie die *Deutsche Umwelthilfe* oder der *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland* (BUND) sind wichtige Akteure in solchen Verfahren. Der Widerstand vor Ort und auf Landesebene kann entscheidend sein, um Naturzerstörung zu verhindern.

### BI Potsdamer Norden: Bürger setzen ein Zeichen

Ein solcher Weg ist der Protest aus der Region — getragen von der Bürgerinitiative Potsdamer Norden, die mit großem Engagement, fundierter Sachkenntnis und politischem Druck gegen die Planungen mobil macht. Die Initiative hat nicht nur auf die ökologischen Folgen des Projekts aufmerksam gemacht, sondern auch zahlreiche Verfahrensfehler dokumentiert, kritische Gutachten eingeholt und eine breite öffentliche Debatte angestoßen. Ihre beharrliche Arbeit zeigt: Demokratischer Widerstand wirkt — sachlich, entschlossen und mit Rückhalt in der Bevölkerung.

Die BI steht stellvertretend für viele Bürger\*innen, „die sich nicht damit abfinden, dass ihre Heimat einem aus der Zeit gefallenem Projekt geopfert werden soll“, wie es ein Mitglied der Initiative formulierte.

### Fazit: Eine Entscheidung mit Weitblick – gegen den Bau

Die geplante Rastanlage „Havelseen“ ist ökologisch unverantwortlich, finanziell untragbar und verkehrspolitisch unnötig. Wer heute Infrastruktur plant, darf nicht mehr an „höher, schneller, weiter“ denken. „Man muss das Geld nutzen, um den Bestand zu sichern — und auch das geht nur, wenn man ihn verkleinert“, sagt Knie.

Was es jetzt braucht, ist ein klares Nein. Ein Stopp des Projekts wäre ein Zeichen für den Wandel: weg von blindem Bauwahn — hin zu einer nachhaltigen, intelligenten Verkehrspolitik. **Denn es darf keine Neubauten mehr geben. Schon gar nicht auf Kosten der Natur.**

Auf den Wiesen am Plangelände nisten und rasten viele Vögel ►

Foto: Susanna Krüger / OBR Satzkorn



- Die Tank- und Rastanlage „Havelseen“ wird von der *Autobahn GmbH* in Potsdam zwischen den Dörfern Paaren, Satzkorn und Kartzow an der A10 geplant, nahe der Abfahrt Potsdam-Nord. Sie soll etwa 30 Hektar umfassen und wäre damit größer als die Grundfläche der angrenzenden Dörfer.
- Nach Planungsstand von 2021 wurden die Baukosten mit rund 16 Millionen Euro veranschlagt. Die Summe dürfte nach heutigem Stand bei Weitem nicht mehr ausreichen.
- Für den Neubau sollen die Raststätte „Wolfslake“ in der Gemeinde Schönwalde-Glien und zwei kleinere Parkplätze geschlossen werden. Die Gemeinde Schönwalde-Glien kämpft für den Erhalt von „Wolfslake“.
- Der Neubau wurde u.a. damit begründet, dass in der Region Stellplätze für LKW fehlen. Durch die Schließung von „Wolfslake“ würden aber keine neuen Stellflächen geschaffen, es würden sogar einige Stellplätze verloren gehen.
- Die *Autobahn GmbH* sagt, eine Modernisierung von „Wolfslake“ sei nicht möglich, da diese in einem Landschaftsschutzgebiet liege. Vergleichskartierungen von Biologen haben jedoch ergeben, dass der Naturraum in Potsdam viel hochwertiger ist: Dort werden durch die Baupläne viele Arten bedroht, unter anderem stehen Brutplätze von Fischadlern auf dem Spiel.
- Das Planfeststellungsverfahren wurde aufgrund veralteter Planunterlagen gestartet, ohne die umliegenden Orte vorher einzubeziehen, obwohl eine solche Beteiligung vorgeschrieben ist.
- Die Einwendungsfrist endete im April 2021. Der Eigentümer, zahlreiche Verbände und Institutionen reichten negative Stellungnahmen ein und kündigten Klagen an, sollte die *Autobahn GmbH* das Projekt weiterverfolgen. Auch die Stadt Potsdam sprach sich gegen den Bau aus.

---

## Mehr Landschaftsschutz statt mehr Verkehr und Versiegelung

Das Gebiet rund um die Planfläche ist so wertvoll, dass in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Potsdam bereits angeregt wurde, es künftig als Landschaftsschutzgebiet (LSG) auszuweisen. Schutzzwecke sind u. a. die Landschaft, Biotope, die Vernetzung von Schutzgebieten und die Trittstein-Funktion sowie die regionale und überregionale Erholungsfunktion. Geschützt werden sollen die alten Obstwiesen, die dort lebenden besonderen Tier- und Pflanzenarten, die Dunkelheit und die hochwertigen Böden.



Der Prüfauftrag der LINKEN, der von DIE aNDERE unterstützt wird, ist noch nicht erfüllt. In der Mitteilungsvorlage vom 22.5.2025, in der die Antwort des *Ministeriums für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg* (MLEUV) zitiert wird, heißt es: „Die naturschutzfachlich wertvollen Landschaften, Arten- und Lebensräume im Bereich der Stadt Potsdam unterliegen bereits einem umfänglichen Schutz durch Landschafts- und Naturschutzgebiete. Eine weitere Neuausweisung von Schutzgebieten im Bereich der Stadt Potsdam ist daher nicht geplant. [...] Im Übrigen erlauben die begrenzten personellen Ressourcen des MLEUV derzeit nicht, weitere Verfahren zur Überarbeitung von Altschutzgebieten zu führen. Eine Prüfung der Schutzwürdigkeit zur Ausweisung eines LSG im Bereich der A10 ist kurzfristig leider nicht möglich. Das Ministerium bat auf weitere Nachfrage seitens der Verwaltung der LHP (Landeshauptstadt Potsdam) um Verständnis, dass eine konkretere Beantwortung derzeit nicht möglich ist.“ Das Ministerium hat also kein Interesse und keine Kapazitäten. Die wichtige Frage, ob die LHP die Neuausweisung eines LSG selbst übernehmen kann, blieb unbeantwortet.



**Wählergruppe DIE aNDERE**  
c/o Jan Wendt, Dortustraße 1  
14467 Potsdam

[die-andere.org](https://www.die-andere.org)

[kontakt@die-andere.org](mailto:kontakt@die-andere.org)



Die aNDERE Redaktion 07/2025  
Gestaltung: Marcus Große

# Noosha Aubel



Die Wählergruppe  
**DIE aNDERE** unterstützt die  
überparteiliche Kandidatur  
Noosha Aubels bei der  
Neuwahl des/der Potsdamer  
Oberbürgermeister/in  
2025

Am 21.9. für  
**Erfahrung**  
**Haltung**  
**Wirkung**

**Ich kandidiere  
als Oberbürgermeisterin  
für Potsdam.  
Überparteilich. Für Alle.**

[www.noosha-aubel.de](http://www.noosha-aubel.de)

